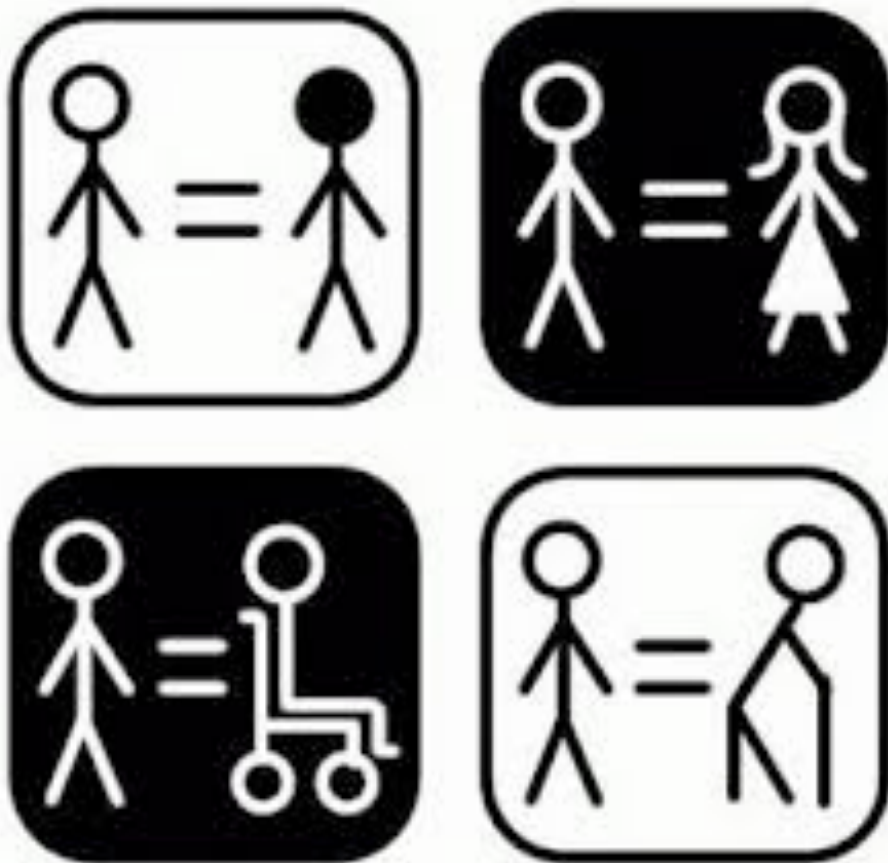


# BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN



**Visionen, Modelle & Soziale Arbeit**

# **Bedingungsloses Grundeinkommen**

Visionen, Modelle und Soziale Arbeit

Bachelorarbeit von:                    Nicolas Sutter  
  Heidenerstrasse 43  
  9400 Rorschach  
  SS 10

An der                                        FHS St. Gallen  
  Hochschule für angewandte Wissenschaften  
  Fachbereich Soziale Arbeit  
  Studiengang Sozialpädagogik

Begleitet von:                            Prof. Dr. Peter Schallberger  
  Dozent Fachbereich Soziale Arbeit

Für den vorliegenden Inhalt ist ausschliesslich der Autor verantwortlich.

Rorschach, 19. März 2014

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abstract</b> .....	<b>1</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>1 Der Sozial- respektive Wohlfahrtsstaat</b> .....	<b>7</b>
1.1 Esping-Andersens Wohlfahrtsstaatstypologie .....	7
1.2 Sozialstaat Schweiz.....	9
1.3 Aufgaben des Sozialstaates .....	11
1.4 Der aktivierende Sozialstaat.....	12
1.5 Kritik am Sozialstaat .....	15
1.6 Fazit.....	17
<b>2 Die Krise der Arbeitsgesellschaft</b> .....	<b>18</b>
2.1 Das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit .....	18
2.2 Arbeitsleistung als basales Instrument zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit .....	20
2.3 Fazit.....	21
<b>3 Reformidee Bedingungsloses Grundeinkommen</b> .....	<b>22</b>
3.1 Grundeinkommen aus soziologischer Sicht .....	22
3.2 Kategorien von Grundeinkommensmodellen .....	24
3.3 Darstellung verschiedener Grundeinkommensmodelle .....	26
3.3.1 Neoliberaler Diskurs: Konzeptionen von Friedman und Straubhaar .....	26
3.3.2 Sozial-egalitärer Diskurs: Die Schweizer Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ .....	30
3.3.3 Emanzipatorischer Diskurs: Modell der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen (BAG) .....	33
3.3.4 Autonomietheoretischer Diskurs: Grundeinkommensmodell von „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ .....	35
3.4 Fazit.....	37
<b>4 Werte und Positionierungen in der Grundeinkommensdiskussion</b> .....	<b>38</b>
4.1 Gerechtigkeit und Grundeinkommen .....	39
4.2 Werteorientierung und Grundeinkommen .....	39
4.3 Wertematrix .....	42
4.4 Positionierungen zur Schweizer Grundeinkommensinitiative .....	43
4.4.1 Positionierung von Economiesuisse .....	43
4.4.2 Positionierung der Schweizer Gewerkschaften.....	44
4.4.3 Positionierung von AvenirSocial.....	46

4.5	Fazit.....	46
<b>5</b>	<b>Bedingungsloses Grundeinkommen und Soziale Arbeit .....</b>	<b>47</b>
5.1	Soziale Arbeit.....	48
5.2	Mögliches Grundeinkommensmodell .....	49
5.3	Hypothetische Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Handlungsfelder Sozialer Arbeit .....	51
5.3.1	Handlungsfeld 1: Kinder, Jugendliche, Familien .....	51
5.3.2	Handlungsfeld 2: Materielle Absicherung.....	52
5.3.3	Handlungsfeld 3: Gesundheit.....	53
5.3.4	Handlungsfeld 4: Beruf und Bildung.....	54
5.3.5	Handlungsfeld 5: Migration und Integration .....	55
5.4	Hypothetische Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Soziale Arbeit unabhängig der Handlungsfelder .....	56
5.5	Hypothetische Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Individuum und Gesellschaft .....	57
5.6	Fazit.....	58
<b>6</b>	<b>Schlussbemerkungen .....</b>	<b>59</b>
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>62</b>
	<b>Quellenverzeichnis .....</b>	<b>65</b>
	<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>67</b>
	<b>Schlussblatt.....</b>	<b>68</b>

## Abstract

---

- Titel:** **Bedingungsloses Grundeinkommen – Visionen, Modelle und Soziale Arbeit**
- Kurzzusammenfassung:** Die Arbeit beschreibt die Krise des Sozialstaates und der Arbeitsgesellschaft sowie die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens als möglichen Lösungsweg. Dabei befasst sie sich mit verschiedenen Grundeinkommensmodellen und untersucht diese auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Es wird exemplarisch ein Grundeinkommensmodell ausgearbeitet und mit Hilfe diesem werden mögliche Auswirkungen auf Soziale Arbeit und deren Handlungsfelder skizziert.
- Autor:** Nicolas Sutter
- Referent:** Prof. Dr. Peter Schallberger
- Publikationsformat:**  BATH  
 MATH  
 Semesterarbeit  
 Forschungsbericht  
 Anderes
- Veröffentlichung (Jahr):** 2014
- Sprache:** Deutsch
- Zitation:** Sutter, Nicolas. (2014). *Bedingungsloses Grundeinkommen – Visionen, Modelle und Soziale Arbeit*. Unveröffentlichte Bachelorarbeit, FHS St. Gallen, Fachbereich Soziale Arbeit

**Schlagwörter** (Tags): Grundeinkommen, Sozialstaat, Aktivierung, Sozialpolitik, Soziale Arbeit, Handlungsfelder, Arbeitsmarkt, Arbeit

**Ausgangslage:**

Die Entwicklungen der Moderne haben die Lebensbereiche und Lebenswelten der Menschen stark verändert. Der technologische Fortschritt hat Wohlstand, Konsum und Bevölkerungswachstum gebracht. Gleichzeitig führen die damit verbundenen Automatisierungen und Rationalisierungen zum Verlust unzähliger Arbeitsplätze und Sozialen Problemen. Der Sozialstaat versucht diese Probleme abzufedern, indem er mit verschiedenen Programmen Betroffene unterstützt. Dies gelingt dem Sozialstaat immer weniger und er steht im Kreuzfeuer der Kritik. Die Forderungen nach Reformen kommen aus verschiedenen Lagern und in unterschiedlichen Formen. Ein Reformvorschlag ist die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

**Ziel:**

Die vorliegende Arbeit versucht einen Überblick über die Entstehung des Sozialstaates zu verschaffen. Sie stellt einen direkten Zusammenhang zwischen den Herausforderungen des Sozialstaates, der Krise der Arbeitsgesellschaft und dem damit verbundenen Aktivierungsparadigma sozialstaatlichen Handelns her. Als mögliche Antwort auf die Krise untersucht sie verschiedene Grundeinkommensmodelle und stellt diese vor. Aufbauend auf einem exemplarischen Grundeinkommensmodell werden mögliche Auswirkungen auf Soziale Arbeit und ihre Handlungsfelder skizziert. Die Arbeit verfolgt das Ziel, einen Überblick über die Grundeinkommensdebatte zu schaffen und geht der Frage nach, was für Auswirkungen ein bedingungsloses Grundeinkommen auf die Gesellschaft und die Soziale Arbeit im Besonderen haben kann.

**Vorgehen:**

Das erste Kapitel widmet sich dem Sozialstaat. Dabei wird Esping-Andersens Wohlfahrtsstaatstypologie sowie die Geschichte und Entstehung des Schweizer Sozialstaates behandelt. Ein besonderes Augenmerk wird auf den aktivierenden Sozialstaat gelegt. Dieser wird mit einem kritischen Blick beleuchtet. Zum Schluss des Kapitels kommt die neoliberale Kritik am Sozialstaat zu Wort, welche das Projekt Sozialstaat als gescheitert bezeichnet.

Im zweiten Kapitel geht es um das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit und den Veränderungen in der Arbeitswelt. Aufbauend auf diesen Beschreibungen stellt sich die Frage, ob Arbeitsleistung und Erwerbseinkommen weiterhin als einziges Instrument der Verteilungsgerechtigkeit und der sozialen Teilhabe fungieren soll.

Kapitel drei und vier setzen sich mit der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens auseinander. Im dritten Kapitel werden unterschiedliche Modelle von Autoren und Autorinnen aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen untersucht und in Kategorien eingeteilt. Im vierten Kapitel wird der Frage nachgegangen, inwiefern Gerechtigkeitsvorstellungen und Werteorientierungen in der Grundeinkommensdiskussion eine Rolle spielen. Im Weiteren werden die Positionierungen von wichtigen Schweizer Interessensgruppen zur Schweizer Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ behandelt.

Das Schlusskapitel schlägt die Brücke zur Sozialen Arbeit. Als erstes wird Soziale Arbeit vorgestellt und aufbauend auf ihren Prinzipien und Grundsätzen ein Grundeinkommensmodell skizziert. Ausgehend von diesem Modell wird der Leitfrage dieser Arbeit nachgegangen und mögliche Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Soziale Arbeit und ihre Handlungsfelder beschrieben.

### **Erkenntnisse:**

Angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen in vielen europäischen Wohlfahrtsstaaten kann eine Krise des Arbeitsmarktes und der Arbeit nicht abgestritten werden. Dass sich der Sozialstaat in der Krise befindet, trifft dagegen nur bedingt zu. Die Finanzierung und die Legitimation des Sozialstaates sind in Schwierigkeiten. Der Abbau des Sozialstaates und die geforderten Sparprogramme scheinen aber der falsche Weg zur Lösung der Krise zu sein. In einer stark arbeitsteiligen und individualisierten Gesellschaft übernimmt der Sozialstaat wichtige Aufgaben und ist für die Sicherung des sozialen Friedens von entscheidender Bedeutung. Sparen auf Kosten der Ärmsten, bei gleichzeitiger grenzenloser Freiheit für das Kapital, ist nicht nur ungerecht, sondern extrem gefährlich für den sozialen Frieden und die Stabilität der Gesellschaft. Die Arbeitswelt hat sich stark gewandelt und die starre Fokussierung auf Erwerbsarbeit als Normalmodell und Voraussetzung sozialstaatlicher Leistung scheint nicht mehr zeitgemäss. In einer modernen Gesellschaft sind die Menschen auf ein Einkommen angewiesen. Ohne Einkommen gibt es keine gesellschaftliche Teilhabe und nur wenig Zugang zu gesellschaftlichen Gütern.

An diesem Gedanken orientiert sich die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Forderung jedem Mitglied der Gesellschaft ein Einkommen zur Verfügung zu stellen, bietet die Chance, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Art der Teilhabe hängt dabei stark von der Höhe und der Ausgestaltung des Grundeinkommens ab. In diesem Bereich scheiden sich die Geister. Es gibt Bewegungen, die den emanzipatorischen Charakter des Grundeinkommens betonen, welches die Menschen vom Zwang zur Erwerbsarbeit befreit und sie bemächtigt, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Andere Bewegungen verfolgen klar liberale Ziele, welche versuchen den Sozialstaat zu schwächen, Unternehmen zu stär-

ken und Kosten zu senken. Die Einführung eines Grundeinkommens wäre eine Reform des Sozialstaates, welche Chancen und Risiken beinhaltet. Diese gilt es gut abzuwägen und in demokratischen Prozessen auszuarbeiten.

Die Soziale Arbeit spielt in diesem Aushandlungsprozess eine wichtige Rolle. Soziale Arbeit ist eine wichtige Akteurin im Sozialstaat und führt dessen Weisungen aus. Die Diskussion über ein Grundeinkommen wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen und Soziale Arbeit muss diese Diskussion angesichts ihrer Rolle und ihrem politischen Mandat aktiv mitgestalten. Ein Grundeinkommen würde nämlich ihre Arbeit stark beeinflussen. Ein bedingungslos ausbezahltes Grundeinkommen besitzt die Chance, Soziale Arbeit von ihrem Kontrollmandat zu befreien und dafür zu sorgen, dass sie sich wieder vermehrt auf ihre Hauptaufgabe, der Unterstützung sozial Benachteiligter, konzentrieren kann. Gleichzeitig befreit es die Bezüger und Bezügerinnen von Sozialleistungen von Zwängen, Stigmatisierung und den erniedrigenden Bedürftigkeitsprüfungen. Die Handlungsfelder der Sozialen Arbeit würden durch ein Grundeinkommen unterschiedlich stark beeinflusst werden. Handlungsfelder im Bereich der materiellen Sicherung oder der Arbeitsmarktintegration würden wahrscheinlich stark verändert werden, während die Angebote im stationären Bereich (Wohnheime, Psychiatrien, Spitäler) oder in der Jugendarbeit weniger betroffen wären. Die Art und Weise der Veränderungen sind schwierig vorherzusehen. Sie hängen stark mit der Ausgestaltung des Grundeinkommens zusammen und wie sich ein Grundeinkommen auf das Individuum und die Gesellschaft auswirken würde.

#### **Literaturquellen (Auswahl):**

Franzmann, Manuel. (2010). *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Moeckli, Silvano. (2012). *Kompaktwissen - Den schweizerischen Sozialstaat verstehen*. Zürich/Chur: Rüegger Verlag

Opielka, Michael / Müller, Matthias / Bendixen, Tim / Kreft, Jesco. (2010). *Grundeinkommen und Werteorientierungen – Eine empirische Analyse*. Wiesbaden: VS-Verlag.

Ullrich, Carsten. (2005). *Soziologie des Wohlfahrtsstaates – Eine Einführung*. Frankfurt/New York: Campus Verlag

Wagner, Björn. (2009). *Das Grundeinkommen in der deutschen Debatte – Leitbilder, Motive und Interessen*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.



## Einleitung

---

Die Entwicklungen der letzten 150 Jahre haben die Welt in der wir leben radikal verändert. Insbesondere die Technologisierung hat dem Menschen bis anhin unbekannte Möglichkeiten im Bereich der Arbeit, der Mobilität, des Konsums oder der Kommunikation gebracht. Maschinen ersetzen immer mehr menschliche Arbeit. Die Kommunikationsmedien ermöglichen den Menschen miteinander in Verbindung zu stehen, unabhängig von Ort und Zeit. Die gestiegene Mobilität lässt Grenzen innerhalb kürzester Zeit verschwinden. Den Konsumenten und Konsumentinnen steht ein scheinbar unendliches Angebot an Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung. Die Welt dreht sich schnell und schneller und die Maxime heisst Wachstum um jeden Preis.

Diese Entwicklung hat ihre Schattenseiten. Nicht alle gehören zu den Gewinnern und Gewinnerinnen dieses Wettlaufs. Die Moderne bringt Probleme mit sich, welche Staaten und Gesellschaften vor neue Herausforderungen stellt. Die vorliegende Bachelorarbeit widmet sich den sozialpolitischen Herausforderungen der Moderne und der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens als Reformvorschlag. Der Sozialstaat ist ein Konstrukt der Moderne und wie alle modernen Konstrukte unterliegt er einem stetigen Wandel. Ein ursprünglich als Schutz vor Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter konzipiertes Sicherungssystem ist im Laufe der Zeit immer mehr ausgebaut worden. Angesichts von struktureller Massenarbeitslosigkeit, demographischem Wandel und den immer stärkeren Auswüchsen des Neoliberalismus, steht der Sozialstaat heute vor grossen Herausforderungen. Er muss sich den veränderten Bedingungen anpassen und ein möglicher Lösungsansatz bekommt in dieser Arbeit besonders viel Aufmerksamkeit. Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Die Forderung nach einem Grundeinkommen ist nicht neu. Bereits grosse Denker wie Thomas Morus, Montesquieu oder Thomas Paine dachten darüber nach. Nachdem die Idee viele Jahre nur in kleinen Kreisen diskutiert wurde hat sie in den letzten Jahren viel Aufwind erhalten und eine grösser werdende Zahl von Befürwortern und Befürworterinnen engagiert sich und entwickelt Modelle und Vorschläge. In der Schweiz kommt es in den nächsten Jahren zu einer Volksabstimmung über die Einführung eines Grundeinkommens. Auf Europäischer Ebene läuft eine Initiative, welche gleiches verlangt und in einzelnen Ländern (Brasilien, Namibia, Indien) wurden bereits auf lokaler Ebene Grundeinkommensmodelle ausprobiert.

Ziel der vorliegenden Bachelorarbeit ist es, einen Überblick über die verschiedenen Grundeinkommensmodelle zu erhalten und die breite Palette von Vorschlägen und Modellen aufzuzeigen. Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens wird dabei als ernstzunehmende Reform des Sozialstaates und der Sozialen Sicherung verstanden. Ausgehend davon verfolgt die Arbeit die Frage:

Was für Auswirkungen könnte die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf den Sozialstaat und insbesondere auf die Handlungsfelder Sozialer Arbeit haben?

Um diese und andere Fragen zu bearbeiten ist die Arbeit folgendermassen aufgebaut:

Das erste Kapitel widmet sich dem Sozialstaat. Dabei wird Esping-Andersens Wohlfahrtsstaatstypologie, sowie die Geschichte und Entstehung des Schweizer Sozialstaates behandelt. Ein besonderes Augenmerk wird auf den aktivierenden Sozialstaat gelegt. Dieser wird mit einem kritischen Blick beleuchtet. Zum Schluss des Kapitels kommt die neoliberale Kritik am Sozialstaat zu Wort, welche das Projekt Sozialstaat als gescheitert bezeichnet.

Im zweiten Kapitel geht es um das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit und den Veränderungen in der Arbeitswelt. Aufbauend auf diesen Beschreibungen stellt sich die Frage, ob Arbeitsleistung und Erwerbseinkommen weiterhin als einziges Instrument der Verteilungsgerechtigkeit und der sozialen Teilhabe fungieren soll.

Kapitel drei und vier setzen sich mit der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens auseinander. Im dritten Kapitel werden unterschiedliche Modelle von verschiedenen Autoren und Wissenschaftsbereichen untersucht und in Kategorien eingeteilt. Im vierten Kapitel wird der Frage nachgegangen, inwiefern Gerechtigkeitsvorstellungen und Werteorientierungen in der Grundeinkommensdiskussion eine Rolle spielen. Im Weiteren werden die Positionierungen von wichtigen Schweizer Interessensgruppen zur Schweizer Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ behandelt.

Das Schlusskapitel schlägt die Brücke zur Sozialen Arbeit. Als erstes wird Soziale Arbeit vorgestellt und aufbauend auf ihren Prinzipien und Grundsätzen ein Grundeinkommensmodell skizziert. Ausgehend von diesem Modell wird der Leitfrage dieser Arbeit nachgegangen und mögliche Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Soziale Arbeit und ihre Handlungsfelder beschrieben.

# 1 Der Sozial- respektive Wohlfahrtsstaat

---

Dieses Kapitel setzt sich mit dem Sozial- respektive Wohlfahrtsstaat auseinander. Es soll einen Überblick verschaffen über die Entwicklung und Entstehung des Sozialstaates, sowie dessen unterschiedliche Ausgestaltungen. Dazu wird in einem ersten Schritt die Wohlfahrtsstaatstypologie von Esping-Andersen vorgestellt. Aufbauend auf dieser wird der Schweizer Sozialstaat analysiert und kategorisiert. Dabei werden die Geschichte des Schweizer Sozialstaates sowie dessen Aufgaben behandelt. Als Ergänzung zu Esping-Andersens Typologie wird als neuer Typus der aktivierende Sozialstaat eingeführt. Die Entstehung des aktivierenden Sozialstaates wird kritisch betrachtet und dessen schwerwiegende Auswirkungen auf die Betroffenen dargestellt. Der letzte Teil des Kapitels widmet sich der Kritik am Sozialstaat im generellen und befasst sich mit neoliberalen Kritikpunkten sowie deren vermeintlichen Lösungsvorschlägen.

## 1.1 Esping-Andersens Wohlfahrtsstaatstypologie

Sozial- oder Wohlfahrtsstaaten sind nicht in jedem Land gleich ausgebildet und unterscheiden sich teilweise sehr stark voneinander. Die Sozialpolitikforschung setzt ihr Hauptaugenmerk auf die Analyse und Differenzierung der verschiedenen Wohlfahrtsstaatsmodelle. Die bekannteste Typologie hat der Dänische Soziologe Gosta Esping-Andersen (1990) ausgearbeitet. Diese Typologie stellt Ullrich (2005) in seinem Buch zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates vor. Um die Unterschiede zwischen den verschiedenen Typen zu untersuchen legt Esping-Andersen sein Augenmerk neben dem Leistungsniveau (Höhe der Ausgaben) vor allem auf die **Dekommodifizierungswirkung** und die **Stratifizierungswirkung**. „*Mit Dekommodifizierung ist das Ausmass gemeint, in dem der Wohlfahrtsstaat dem Einzelnen ein Leben unabhängig vom Markt ermöglicht.*“ (Esping-Andersen, 1990, S.21ff., 35ff. zit. in Ullrich, 2005, S. 44). Dabei ist nicht nur die Höhe der Leistungen entscheidend, sondern auch die Regeln wie diese Leistungen vergeben werden und der Umfang der sozialen Rechte. Die dekommodifizierende Wirkung steigt mit der Höhe der Leistung, der Bezugsdauer und mit abnehmender Restriktivität des Zugangs zu Leistungen. Bei der Stratifizierung geht es um die Wirkung des Wohlfahrtsstaates auf die soziale Ungleichheit. Der Wohlfahrtsstaat nimmt mit seinem Handeln Einfluss auf die soziale Ungleichheit. So kann er diese verstärken oder eher ausgleichen. Mit Hilfe dieser Kriterien und aufwendigen empirischen Studien hat Esping-Andersen drei Typen von Wohlfahrtsstaaten ausgearbeitet (vgl. Ullrich, 2005, S. 43-45).

**1) liberaler Wohlfahrtsstaatstyp:** Dieser Typ kommt aus der liberalen Ethik und zeichnet sich durch eine geringe Umverteilung aus. Die Leistungen sind relativ tief und der Zugang zu Leistungen erschwert. Zudem sind die Leistungen oft an eine Bedürftigkeitsprüfung geknüpft. Der Staat soll nicht in den Markt eingreifen oder diesen stören, sondern im Gegenteil diesen fördern. Die sozialen Leistungen haben daher eine geringe Dekommodifizierungswirkung und sie verschärfen die bestehenden sozialen Ungleichheiten (Stratifizierung). Prototypen dieser Wohlfahrtsstaaten sind die USA, Kanada und Australien (vgl. Ullrich, 2005, S. 46).

**2) konservativer Wohlfahrtsstaatstyp:** Dieser Typ zielt auf die Gewährung sozialer Sicherheit bei gleichzeitiger Beibehaltung von Statusunterschieden. Er orientiert sich stark am Subsidiaritätsprinzip und am Erhalt der traditionellen Familienform. Die sozialen Rechte sind daher ziemlich klassen- und statusgebunden. Aufgrund dieser Statusdifferenzen ist die Umverteilung eher gering und auch die Stratifizierung bleibt tief, da diese Statusdifferenzen verfestigt werden. Diesen Wohlfahrtsstaatstypen ordnet Esping-Andersen Deutschland, Österreich und Frankreich zu (vgl. Ullrich, 2005, S. 46).

**3) sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatstyp:** Dieser Typ zeichnet sich durch eine starke Dekommodifizierung und viele universale Leistungen aus. Die Leistungen sind hoch und viele Bevölkerungsschichten können diese in Anspruch nehmen. Es gibt eine starke Umverteilung und in Bezug auf die Stratifizierung wirkt der Staat als egalisierend. Ziel ist eine individuelle Unabhängigkeit vom Markt und der Familie. Die Gruppe dieser Wohlfahrtsstaaten ist eher klein und beinhaltet die skandinavischen Länder und die Niederlande (vgl. Ullrich, 2005, S. 47).

Bei der Betrachtung von Esping-Andersens Typologie stellt sich die Frage, was für ein Typ der Schweizer Sozialstaat ist? Dazu wird im nächsten Abschnitt die Geschichte des Schweizer Sozialstaates sowie dessen Merkmale vorgestellt.

## 1.2 Sozialstaat Schweiz

Die Entstehung und Entwicklung des Sozialstaates in der Schweiz, so beschreibt Möckli (2012), geht zurück ins 19. Jahrhundert und ist stark verbunden mit der Industrialisierung. Die Industrialisierung veränderte das auf Selbstversorgung basierende, agrarische Gesellschaftssystem in vielerlei Hinsicht. Zwischen 1800 und 1900 kam es zu einem starken Bevölkerungswachstum. Viele Menschen wanderten in die neu entstandenen Industriezentren ab um Arbeit zu suchen. Die Städte wuchsen und die solidarische Grossfamilie fing an auseinanderzufallen. Die Arbeiterklasse wurde zur grössten Bevölkerungsgruppe und lebte gleichzeitig in prekären Verhältnissen. Die Fabrikarbeit war hart, gefährlich und sehr schlecht bezahlt. Das Einkommen reichte kaum, um sich existentielle Dinge wie Nahrung und Unterkunft zu leisten. Männer, Frauen und Kinder arbeiteten in Fabriken während gleichzeitig immer mehr Handarbeit durch Maschinen ersetzt wurde. Das starke Bevölkerungswachstum und die Zunahme maschineller Produktion führten zu einem Überangebot an Arbeitskräften, während das Kapital sehr knapp war. Infolge dessen kam es zur Pauperisierung (Verarmung) breiter Bevölkerungsschichten. Der Staat hielt sich trotz Massenarmut, Not und Elend zurück und sah seine Aufgabe mit der Gewährung der inneren und äusseren Sicherheit als getan. Die geistig-ideologische Auffassung von Aufklärung, Individualismus und Liberalismus ging davon aus, dass ein staatliches Einmischen in wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, nur den Fortschritt und den Wohlstand behinderten. Angesichts solcher Umstände hatten die Unternehmen in frühkapitalistischer Zeit keinerlei soziale Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeitern und Arbeiterinnen. Der eigentumslosen Arbeiterklasse blieb nichts anderes übrig als ihre Arbeitskraft zu verkaufen (vgl. Möckli, 2012, S. 17-23).

Als Resultat dieser Not, fingen die Menschen an sich besser zu organisieren. Es entstanden Selbsthilfeorganisationen mit genossenschaftlichen Strukturen, welche sich vor allem im Bereich Konsum, Produktion und Wohnen unterstützten. Es bildeten sich Gewerkschaften, welche für Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse kämpften und zur entscheidenden Triebkraft sozialpolitischer Entwicklung wurden. Gewerkschaften waren politisch sehr aktiv und viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen waren in den politischen Parteien vertreten. Vor allem innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Der Staat und die Politik konnten sich immer weniger aus der Verantwortung stehlen und auch bürgerliche und konservative Kreise merkten, dass es für den sozialen Frieden bessere Arbeitsbedingungen braucht. 1877 wurde auf Bundesebene ein Fabrikgesetz eingeführt, welches die Arbeitszeit auf einen Elfstundentag reduzierte und Kinderarbeit einschränkte. Als erste Sozialversicherung im eigentlichen Sinne wurde 1912 eine Kranken- und Unfallversicherung eingeführt und 1947 als grösster Meilenstein die Alters- und Hinterlassenversicherung (AHV) (vgl. Möckli, 2012, S. 23-32).

Die letzten Jahrzehnte waren geprägt von einem Ausbau des Sozialstaates. Die Leistungen wurden erhöht und es kamen neue Felder der Sozialen Sicherung dazu. So wurde beispielsweise 1960 die Invalidenversicherung (IV) eingeführt und 1966 kamen die Ergänzungsleistungen (EL) dazu. Die 1952 eingeführte Erwerbsersatzordnung (EO) wurde 2004 durch die Einführung eines Mutterschaftsurlaubes ausgebaut. Neben der Einführung neuer Sicherungssysteme, welche jeweils vom Schweizer Volk in Abstimmungen gutgeheissen wurden, kam es auch zu einem Ausbau der Leistungen im Bereich der Krankenkassen, der Unfallversicherung oder der Arbeitslosenversicherung. Merkmale der Sozialversicherungen sind, dass alle Gesellschaftsmitglieder respektive Erwerbstätigen Anspruch auf Leistungen haben und obligatorisch versichert sind. Die Finanzierung erfolgt zu einem grossen Teil über Beiträge der Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden sowie Zuschüssen der öffentlichen Hand (ca. 25 % der Kosten). Neben den staatlichen Sozialleistungen, welche das Ziel einer Mindestsicherung aller Gesellschaftsmitglieder verfolgen, gibt es unzählige Formen privater Vorsorge und Absicherung (Bsp. Sparen, (Lebens-)Versicherungen etc.) (vgl. Möckli, 2012, S. 74-90).

Bei der Betrachtung der Wohlfahrtsstaatstypologie von Esping-Andersen und der Geschichte und Ausgestaltung des Schweizerischen Sozialstaates lässt sich dieser nicht so leicht in eine Kategorie einordnen. Die Politik der Schweiz zeigt starke liberale Einflüsse. So greift der Staat nicht sehr stark in den Markt ein und wenn doch, dann eher um die Schweizer Wirtschaft zu schützen oder zu stärken (Beispiele: Zölle, Subventionen, Steuervergünstigungen für Vermögende und Unternehmen etc.). Gleichzeitig beinhaltet der Schweizer Sozialstaat konservative Elemente, indem er soziale Sicherheit in relativ grossem Umfang gewährt, diese sich aber, wie das Beispiel Sozialhilfe zeigt, sehr stark am Subsidiaritätsprinzip orientiert. Die Steuerpolitik ist sehr liberal und entlastet die sehr vermögende Bevölkerung stark während der Mittelstand die grösste Steuerlast trägt. Statt einer Umverteilung von oben nach unten kommt es eher zu einer Umverteilung von der Mitte nach unten. Aus diesen Gründen liesse sich der Schweizer Sozialstaat in Esping-Andersens Typologie am ehesten als liberal-konservativer Wohlfahrtsstaat einordnen.

### 1.3 Aufgaben des Sozialstaates

Um die Aufgaben des Sozialstaates respektive der Sozialpolitik zu beschreiben hat Möckli (2012) drei Hauptziele von Sozialpolitik benannt.

**1) Soziale Sicherheit:** Der Sozialstaat unterstützt den Menschen bei Einkommensverlust oder Krankheit finanziell und sichert dessen Existenz. Er nimmt dadurch dem Individuum eine grosse Angst und ermöglicht somit auch das Eingehen von Risiken.

**2) Sozialer Friede:** Aufgabe des Staates ist es, den inneren Frieden zu sichern, welcher Voraussetzung für politische und ökonomische Stabilität ist. Durch die finanzielle Absicherung aller Gesellschaftsmitglieder mittels Sozialversicherungen und der Verhinderung absoluter Armut leistet der Sozialstaat einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden.

**3) Soziale Gerechtigkeit:** Der Sozialstaat versucht mit Umverteilungen, finanzieller Unterstützung oder gesetzlichen Bestimmungen die Verteilungs- oder Chancengerechtigkeit zu verbessern.

(vgl. Möckli, 2012, S. 40-45).

Bei der Betrachtung dieser Ziele und der Geschichte des Sozialstaates zeigt sich, dass die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Entwicklung und Ausgestaltung des Sozialstaates eng miteinander verbunden sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass durch die sozialstaatliche Unterstützung hilfsbedürftiger und armer Menschen soziale Unruhen oder gar revolutionäre Bewegungen verringert wurden respektive werden. Der Sozialstaat war und ist in diesem Sinne die funktionale Voraussetzung für kapitalistisches Wirtschaften. Er unterstützt einerseits die von der Arbeitswelt Ausgeschlossenen mit Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe und gleichzeitig liefert er dem Arbeitsmarkt gut ausgebildete Leute, welche in staatlich subventionierten Universitäten und Bildungseinrichtungen studiert haben. Kapitalismus und Sozialstaat bedingen sich somit gegenseitig. Ohne Sozialstaat fehlen dem Kapitalismus die sozialen Sicherheitsrahmenbedingungen und ohne Kapital fehlen dem Sozialstaat die finanziellen Mittel. Nichtsdestotrotz sieht sich der Sozialstaat heute scharfer Kritik ausgesetzt, vor allem von (neo)liberaler Seite. Der Sozialstaat muss sich immer wieder den politischen und wirtschaftlichen Interessen anpassen. In den letzten 10-15 Jahren kam vermehrt die Forderung nach einem aktivierenden Sozialstaat auf und die Entwicklung geht klar in diese Richtung. Was das genau heisst und wie ein aktivierender Sozialstaat aussieht wird im nächsten Abschnitt beschrieben.

## 1.4 Der aktivierende Sozialstaat

Bei der Betrachtung der Wohlfahrtsstaattypologie von Esping-Andersens aus dem Jahre 1990 zeigt sich, dass diese so alleine nicht mehr ganz gültig ist. Der Wohlfahrts- respektive Sozialstaat hat sich verändert und es ist ein neuer Typus entstanden. Der aktivierende Sozialstaat. Im folgenden wird der aktivierende Sozialstaat beschrieben und die Auswirkungen der Aktivierung kritisch beleuchtet.

Für Stelzer-Orthofer (2007) ist die Aktivierung oder der aktivierende Sozialstaat Sinnbild für einen Paradigmenwechsel in der Gestaltung Sozialer Sicherheit. *„Gemeint ist damit zum einen, dass Politik sich nicht damit begnügen kann, soziale Leistungen in Form von monetären Transfers zur Verfügung zu stellen, sondern aufgefordert ist, Instrumente, Programme und Massnahmen für eine erfolgreiche Sozial- und Arbeitsmarktintegration von gesellschaftlich ausgegrenzten Gruppen zu entwickeln.“* (Stelzer-Orthofer, 2007, S. 11). Zum anderen geht es um die Frage: *„Unter welchen Bedingungen arbeitsfähige Menschen sozialstaatliches Einkommen beziehen dürfen.“* (Stelzer-Orthofer, 2007, S. 11). Befürworter und Befürworterinnen der Aktivierung betonen wie Aktivierung helfen kann Marginalisierung, Wohlfahrtsabhängigkeit und Ausgrenzung zu verhindern sowie Armut zu bekämpfen und damit das Individuum zu fördern. Im Zuge der neoliberalen Kritik am Sozialstaat wurde vermehrt auf Aktivierung gesetzt, vor allem aus Kostengründen. Befürworter und Befürworterinnen erhoffen sich durch die Aktivierung eine Senkung der Sozialausgaben und eine Entschlackung des Sozialstaates. Ausgehend von einem (neo)liberalen Menschenbild des Homo oeconomicus ist Arbeitslosigkeit in erster Linie selbstverschuldet und Sozialstaatliche Leistungen sollten an eine Gegenleistung geknüpft sein. Des Weiteren gehen sie davon aus, dass durch grosszügige Sozialleistungen der Anreiz zur Arbeit, vor allem im Niedriglohnsektor, ausgehebelt wird (vgl. Stelzer-Orthofer, 2007, S. 11-17). *„Arbeitslosigkeit wird demnach als Produkt des Versagens wohlfahrtsstaatlicher Politik, individueller Antriebslosigkeit und Motivation interpretiert.“* (Stelzer-Orthofer, 2007, S. 17).

Aus den Reihen der Soziologie, der Sozialwissenschaften, Sozialarbeitenden und linken Kreisen kommen kritische Stimmen gegenüber der Aktivierung auf. Für Stelzer-Orthofer (2007) steht Aktivierung: *„...als Synonym für Sanktion, Zwang, Arbeitspflicht und verstärkte soziale Kontrolle.“* (S. 12). Sie kritisiert, dass strukturelle Veränderungen in der Arbeitswelt nicht beachtet werden und die Gründe für Arbeitslosigkeit beim Individuum gesucht werden. Zudem ist in ihren Augen der Begriff der Aktivierung zu unpräzise formuliert, weswegen sie den Begriff normativ abgrenzt in suppressive (negative) und emanzipatorische (positive) Aktivierung. Unter Suppressiver Aktivierung sind für Stelzer-Orthofer (2007) Massnahmen gemeint: *„...die in der Ideologie eines minimalistischen Staates mit der primären Zielsetzung*



*Sozialbudgets zu senken durch die Einschränkung von Sozialleistungen, durch Repression, Sanktion, Zwang und Druck, soziale Normen für alle gleichermassen, wie z.B. den Zwang zur Verwertung der Arbeitskraft, durchzusetzen versuchen, ohne Berücksichtigung der individuellen noch der strukturellen Lage.“* (S. 20). Demgegenüber steht die emanzipatorische Aktivierung, welche Hilfe auf individueller wie auch auf struktureller Ebene ansetzt, mit dem Ziel die gesellschaftlichen Teilhabechancen zu erhöhen. Sei dies bei der Hilfe zur Integration in den Arbeitsmarkt oder zumindest mit einer finanziellen Absicherung, welche eine soziale Teilhabe ermöglicht (vgl. Stelzer-Orthofer, 2007, S. 20-21).

Kritisch klingt es auch bei Schallberger und Wyer (2010). Sie haben das Sozialstaatliche Handeln der Schweiz, welches sich immer stärker am Leitparadigma der Aktivierung orientiert untersucht. Dabei beschreiben sie, dass das Festhalten am Vollbeschäftigungsziel und die Kopplung von Einkommen an Erwerbsarbeit beim Aktivierungsmodell zentral ist. Um eine Sozialstaatliche Leistung zu erhalten, wird vermehrt eine Gegenleistung gefordert. Arbeitslose, Sozialhilfe- oder IV-Empfänger und –empfängerinnen sind zunehmender Kontrolle und Rechtfertigungszwang ausgestellt. Ziel der Aktivierung ist eine Reintegration der Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt. Die Grundannahme hinter dieser Haltung ist, dass Soziale Anerkennung, gesellschaftliche Teilhabe oder persönliche Sinnstiftung nur über Erwerbsarbeit zu erreichen ist. Dieses eindimensionale Denkmuster führt allerdings dazu, dass Arbeitslose einer ständigen Stigmatisierung ausgesetzt sind. Sie gelten als untätig oder faul und sind nicht selten dem Vorwurf konfrontiert, Leistungen missbräuchlich zu beziehen. Ihre Notsituation wird auf individuelles Verschulden oder Versagen zurückgeführt (vgl. Schallberger und Wyer, 2010, S. 7-10).

Der aktivierende Sozialstaat knüpft seine Leistungen an die Bedingung zur Teilnahme an staatlichen Wiedereingliederungs-, Beschäftigungs- oder Umschulungsprogrammen. Diese verfolgen das Ziel, die Arbeitsfähigkeit der Betroffenen zu verbessern und diese zurück in die Arbeitswelt zu integrieren. Die Beschäftigungsprogramme finden vor allem in Bereichen des Recycling, der Wald- und Landschaftspflege, einfachen Handwerksaufgaben, Umzugs- oder Reinigungsarbeiten statt. Die Programme beinhalten wichtige gesellschaftliche Aufgaben, dürfen aber die reguläre Wirtschaft nicht konkurrenzieren oder bestehende Arbeitsplätze gefährden. Die Rede ist vom zweiten Arbeitsmarkt. Ein Billiglohnssektor, welcher vor allem durch Beiträge des Sozialstaates, sei es Arbeitslosenkasse, Invalidenversicherung oder Sozialamt, finanziert wird und in welchem die Arbeitnehmenden wenig mitzubestimmen haben. Die Teilnahme in diesem „Arbeitsmarkt“ erfolgt oft aus dem Zwang heraus, Kündigungsmöglichkeiten gibt es nicht oder sie wären mit Sanktionen verbunden (vgl. Schallberger und Wyer, 2010, S. 12-13). *„Weil es Hilfe systematisch an Kontrolle respektive „Fördern“ systematisch an „Fordern“ koppelt, birgt ein sich am Aktivierungsparadigma orientierendes staatl-*

*ches Handeln also strukturell die Gefahr, statt aktivierend passivierend, statt autonomisierend deautonomisierend, statt ermächtigend entmutigend zu wirken.“* (Schallberger und Weyer, 2010, S. 9-10).

Die Soziologen Behrend, Ludwig-Mayerhofer und Sondermann (2010) teilen die Kritik an der Aktivierung und stellen fest, dass mit der Einführung der Hartzgesetze unter der Regierung Schröder in den Jahren 2003-2005 die Deutsche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik starke Veränderungen erfahren hat. Die Maxime des „Förderns und Forderns“ und die Politik der Aktivierung sind deren oberste Gebote. Waren Arbeitslosengeld und Sozialhilfe bereits vorher an gewisse Bedingungen geknüpft, wurden diese im Zuge der Aktivierung stetig ausgeweitet. Leistungsbezug ist mit entsprechenden Verhaltensanforderungen an die Bezüger und Bezügerinnen geknüpft. Der Zwang zur Arbeitssuche und Arbeitsaufnahme wird stetig grösser und schränkt dabei die Autonomie der Betroffenen zunehmend ein. Diese sehen sich oft gezwungen ihr Leben im beträchtlichen Mass umzugestalten, sei dies durch Wohnortwechsel, Annahme von Billiglohnjobs, Umschulungen etc.. Gleichzeitig sind Mitarbeitende der Sozialhilfe oder des Arbeitsamtes aufgefordert, ihr Klientel vermehrt zu kontrollieren und zu aktivieren. Freiräume, um individuell auf Bedürfnisse und Eigenheiten der Betroffenen einzugehen verschwinden und das Controlling gewinnt zunehmend an Gewicht. Um das Controlling und das Verfahren zu erleichtern, werden Betroffene mit Analyserastern und standardisierten Kriterienbögen nach ihren Fähigkeiten, Motivationen, Einschränkungen, Arbeitsmarktbedingungen und anderen für die Arbeitsfähigkeit relevanten Themen, in Gruppen eingeteilt. Daraus ergeben sich dann die Fähigen und Unfähigen, die Willigen und Unwilligen, die Faulen oder Renitenten (vgl. S. 197-203).

Bei der Arbeitsvermittlung liegt der Schwerpunkt und gleichzeitig das Hauptproblem, so Behrend et al. (2010) in der Umerziehung der Betroffenen und der: *„Etablierung einer Ethik der Erwerbsarbeit um jeden Preis als zentrales Interventionsziel.“* (S. 204). Die Klassifizierungen führen gleichzeitig zu einer Subjektivierung der Arbeitslosigkeit. Gründe der Arbeitslosigkeit werden bei den Betroffenen gesucht. Herkunftsmilieu, mangelnde Motivation, schlechte oder ungeeignete Ausbildung, individuelle Lebensweisen und vieles mehr werden zum Problem. Die generelle Krise der Arbeitsgesellschaft mit ihrer Massenarbeitslosigkeit wird dabei ausser Acht gelassen. Die Politik des Sozialstaates hält weiterhin am Modell der Vollbeschäftigung fest und die Schuld der Arbeitslosigkeit wird den Arbeitslosen zugeschoben (vgl. Behrend et al., 2010, S. 205-206). Angesichts des strukturellen Problems der Massenarbeitslosigkeit stellt sich die Frage, was alle diese fördernden und fordernden Massnahmen der Arbeitsvermittlung bezwecken, da diese alleine ja keine Jobs kreieren. Behrend et al. (2010) beschreiben hier eine interessante Ansicht. Die Gespräche und Beratungsaufgaben der Arbeitsvermittlungsagenturen dienen dem Selbstzweck. Durch die vielen Gespräche macht

sich der oder die Arbeitslose dessen Arbeitslosigkeit zu eigen. Die Bedingung, jede verfügbare Arbeit anzunehmen, sowie die Stigmatisierung, welcher Betroffene seitens der zahlenden und arbeitenden Gesellschaft ausgesetzt sind, führen schlussendlich dazu, dass die Betroffenen ihr Leben einschneidend verändern. Beispielsweise indem sie jede Art von (Billig)job annehmen, umziehen, ihr gewohntes soziales Netz verlassen, sich auf ungewollte Umschulungen einlassen und vieles mehr (vgl. S. 206-208).

## 1.5 Kritik am Sozialstaat

Bevölkerungswachstum, demografischer Wandel, strukturelle Veränderungen der Arbeitswelt, Finanzkrise und Massenarbeitslosigkeit haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen auf Hilfe des Sozialstaates angewiesen sind. Die Ausgaben für Sozialleistungen sind dementsprechend gestiegen und der Sozialstaat befindet sich in einer schwierigen Situation. Es stellt sich die Frage, wie sich der Sozialstaat angesichts schrumpfender Einnahmen und gesteigener Kosten finanzieren lässt. Der Trend geht in Richtung Kostensenkung durch Aktivierung, wie im vorigen Abschnitt beschrieben. Der Erfolg der Aktivierungsmassnahmen wird aber stark bezweifelt und negative Aspekte überwiegen. Die Kritik am Sozialstaat nimmt somit nicht ab. Der nächste Abschnitt widmet sich neben einer soziologischen Betrachtung des Problems, der radikalen Kritik am Sozialstaat aus dem neoliberalen Lager.

Geht es um die Kritik am Sozialstaat und wird über Sinn und Unsinn der Sozialen Sicherung debattiert, dominieren die wirtschaftlichen Themen. *„Die Belastung der Wirtschaft durch den Sozialstaat, haben im öffentlichen Diskurs zur Sozialpolitik oft weit grössere Beachtung gefunden als die sozialen Auswirkungen.“* (S. 191), schreibt Ullrich (2005). Wie sieht diese Kritik nun aus? Einer der grössten Kritikpunkte, so Ullrich (2005), ist die (neoliberale) Kritik, welche besagt, dass der Sozialstaat eine Belastung für die Wirtschaft darstellt. Grosszügige Sozialleistungen wie Arbeitslosenversicherung oder Sozialhilfe verleite die Menschen dazu, sich nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen oder den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu verlieren. Die Rede ist von der sozialen Hängematte. In populistischen Kreisen wird gerne der Vorwurf des Missbrauchs benutzt und dort das Übel der Kostensteigerung gesucht. Die Diffamierung von Sozialhilfebezügern und –bezügern als Sozialschmarotzer basiert hierbei aber auf wenigen tatsächlichen Beweisen. Wohlfahrtsstaatstheoretiker und –theoretikerinnen gehen eher von einer Unter- statt einer Übernutzung der Sozialleistungen aus. Viele Menschen, welche eigentlich Anrecht auf Hilfe hätten, nehmen diese nicht in Anspruch, sei dies aus Angst vor Stigmatisierung, sozialem Abstieg oder anderen Beweggründen. Ein weiterer Kritikpunkt sind die mit dem Sozialstaat verbundenen Kosten, vor allem die Lohnnebenkosten. In den Augen der Kritiker und Kritikerinnen ist der Sozialstaat viel zu teuer und schadet der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Er führe zu geringem

Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Inflation. Diese Kritik wurde allerdings mittels Studien widerlegt. So zeigte die Wohlfahrtsstaatsforschung, dass gut entwickelte Wohlfahrtsstaaten wie Schweden, Norwegen oder die Niederlande, trotz hohem sozialen Schutz wirtschaftlich sehr leistungsfähig sind. Einig sind sich Befürworter und Kritikerinnen darin, dass die hohe Arbeitslosigkeit und der demographische Wandel die Finanzierung und damit die Zukunft des Sozialstaates vor grosse Herausforderungen stellt (vgl. Ullrich, 2005, S. 191-201).

Während der Soziologe Ullrich versucht die Herausforderungen des Sozialstaates differenziert zu analysieren, rechnet das Liberale Institut Zürich (2011) in ihrem Sammelband „Sackgasse Sozialstaat“ mit diesem ab. Für Bessard (2011) ist der Sozialstaat: *„...ein Verstoß gegen die Ethik der Eigenverantwortung und des Eigentums“*. (S. 5-6), und *„Die heutigen zentralistischen Sozialversicherungen als Produkte überholter kollektivistischer und paternalistischer Ideologien aus liberaler Sicht nicht vertretbar.“* (S. 6). Bessard kritisiert vor allem das Umverteilungsprinzip der Sozialversicherungen und argumentiert, dass durch die staatlich verordneten Zwangsabgaben in Form von Einkommensabzügen die Eigenverantwortung ausgehebelt wurde und die Kosten explodiert sind. Bereits vor Einführung der Sozialversicherungen gab es private Versicherungen, welche die Menschen gegen Risiken wie Alter oder Krankheit schützten und dies mit Erfolg. In seinen Augen hat die freie Marktwirtschaft den Menschen aus prekären Verhältnissen befreit und seinen Lebensstandard gesteigert. Die sozialstaatliche Umverteilung dagegen sei eine Gefahr für die Zukunft, welche das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand gefährde (vgl. Bessard, 2011, S. 37-52).

Ähnlich klingt es bei Christian Hoffmann (2011). Für ihn ist der Sozialstaat gescheitert. Die sozialstaatlichen Fehlanreize haben zu einem Überkonsum der Leistungen geführt. Dieser Kostenexplosion steht eine stetige Unterfinanzierung des Systems gegenüber. *„Die ständig wachsende Last der Sozialkosten geht zu Lasten des Wirtschaftswachstums.“* (Hoffmann, 2011, S. 10). Durch die Umverteilung wird weniger gespart und investiert, Innovationen werden verhindert. Die Umverteilungspolitik des Sozialstaates schafft es nicht Armut zu verhindern. Im Gegenteil, der Sozialstaat führt zu höheren Kosten, höherer Arbeitslosigkeit und höherem Armutsrisiko und somit zu mehr Armut. Um Armut zu bekämpfen braucht es dagegen Innovation und Wachstum. Alternativen zum Sozialstaat sieht Hoffmann in individueller Vorsorge durch Sparen und Investieren (vgl. 2011, S. 7-14). *„Nur das marktwirtschaftliche System der sozialen Für- und Vorsorge beruhend auf individuellem Sparen (einschliesslich Investition und Zins), echten Versicherungen, die ihre Qualität im Wettbewerb beweisen müssen, und freiwilliger zivilgesellschaftlicher Solidarität, kann den Anforderungen vielfältiger, flexibler und dynamischer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften gerecht werden. Nur ein solches System ist auch in der Lage, einen fortschreitenden demographischen Wandel zu absorbieren und abzufedern. Und nur ein solches System kann das Ziel sozialer Si-*

*cherheit tatsächlich erreichen, und dabei Investition, Wachstum, Innovation und Wohlfahrt fördern.*“ (Hoffmann, 2011, S. 14).

Michael von Prollius (2011) geht im selben Sammelband noch einen Schritt weiter und macht den Sozialstaat gleich zum Hauptschuldigen von Wirtschafts- und Schuldenkrisen. Er argumentiert dabei auf drei Ebenen. 1) Durch den Versuch, soziale Gerechtigkeit herzustellen, erzielt der Sozialstaat das Gegenteil, nämlich sozialen Unfrieden. Indem er Menschen und Unternehmen über Zwangsabgaben und Ordnungspolitische Massnahmen in ihrer Freiheit beschneidet. 2) Als zweites Krisenfeld sieht er die steigende Staatsverschuldung. Für ihn hat diese direkt mit dem Wohlfahrtsstaat zu tun, da dessen Ausgaben in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen sind und um die Ausgaben zu decken die Staaten immer mehr Kredite aufnehmen. Diese Verschuldungen führen zum dritten Krisenfeld. 3) Die wiederkehrenden Wirtschafts- und Finanzkrisen als Folge der Struktur-, Sozial- und Geldpolitik. In diesen Krisen reagiert der Staat genau falsch, indem er noch mehr Kontrolle ausübt und noch mehr Kredite aufnimmt und künstlich Geld erzeugt. *„Der Wohlfahrtsstaat zerstört den Staat, die Gesellschaft und das Gemeinwohl.“* (von Prollius, 2011, S. 74). Von Prollius fordert daher einen schlankeren Staat, welcher sich so wenig wie möglich in wirtschafts- oder sozialpolitische Angelegenheiten einmischt. Steuersenkungen, marktwirtschaftliche Öffnungen und Freihandel sind bessere Mittel aus der vom Sozialstaat verschuldeten Krise herauszukommen (vgl. von Prollius, 2011, S. 57-75).

## **1.6 Fazit**

Die Entstehung und Entwicklung des Sozialstaates hängt stark mit den Auswirkungen der Moderne und der Etablierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zusammen. Durch die Gewährung sozialer Sicherheit stärkt der Sozialstaat den sozialen Frieden und sorgt für eine gewisse Soziale Gerechtigkeit. Angesichts von stark gestiegenen Kosten und veränderten Rahmenbedingungen fällt es dem Sozialstaat immer schwerer, diese Aufgaben zu übernehmen. Der Sozialstaat wird von vielen Seiten, im Besonderen von neoliberalen Kreisen, kritisiert und als nicht mehr zeitgemäss erachtet. Diese Kritik hat zum Aktivierenden Sozialstaat geführt, welchem ein starkes Kontroll- und Zwangsparadigma innewohnt. Dies hat die Situation der Sozialstaatsabhängigen verschärft, ohne wirkliche Lösungen für die Probleme wie Massenarbeitslosigkeit oder Sozialer Ungleichheit zu bringen. Die Kritik ist daher auch nicht verstummt und Reformen des Sozialstaates bleiben weiterhin nötig.

## 2 Die Krise der Arbeitsgesellschaft

---

Arbeit, allen voran die Erwerbsarbeit, spielt in den westlichen Zivilisationen eine enorme Rolle. Arbeit ist Sinnstiftung, Selbstverwirklichung und habituell tief verwurzelt im menschlichen Sein. In der traditionellen Leistungsethik gilt (Erwerbs-)Arbeit als Normalmodell. Seit Mitte der 1970er Jahre steckt die Arbeitsgesellschaft allerdings in der Krise. An die Stelle von Vollbeschäftigung ist das Phänomen der strukturellen Massenarbeitslosigkeit oder der Sozialarbeitslosigkeit getreten. Bereits anfangs der 1960er Jahre prophezeite Hanna Arendt eine Krise der Arbeitsgesellschaft. Der Technische Fortschritt und die Automatisierung würden, so Arendt, zu einer Rationalisierungsdynamik führen, welche Arbeitsplätze verschwinden lasse und die Arbeitsgesellschaft vor schwerwiegende Probleme stellen wird (vgl. Arendt, 1960, S. 11f. zit. In Franzmann, 2010, S. 12).

Die von Arendt prophezeite Krise ist in vielen Ländern längst Realität und stellt den Sozialstaat, wie im vorhergehenden Kapitel aufgezeigt, vor schwerwiegende Probleme. Vertreter und Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft und Sozialen Bewegungen versuchen die Krise und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit mit Reformen zu beheben. Bis anhin ohne nachhaltigen Erfolg.

Dieses Kapitel versucht die Krise zu beschreiben indem es im ersten Teil mit einem geschichtlichen Rückblick das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit beschreibt, sowie mögliche Auswege benennt. Der zweite Teil widmet sich einem soziologischen Blick auf die leistungsethischen Werteorientierungen und plädiert für eine Veränderung der bestehenden Wertevorstellungen als Ausweg aus der Krise.

### 2.1 Das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit

Dass Massenarbeitslosigkeit stark mit dem technischen Fortschritt und der damit verbundenen Abnahme der Arbeitszeit durch Rationalisierung und Automatisierung zusammenhängt, beschreibt der Geschichtswissenschaftler Gerhard Schildt (2010). Er untersuchte die Abnahme des Arbeitsvolumens der letzten 130 Jahre in Deutschland. *„Das Arbeitsvolumen ist für die Volkswirtschaftslehre die Zeit, in der Erwerbsarbeit geleistet wird.“* (Schildt, 2010, S. 129). Es ist die bezahlte Arbeitszeit, welche die Gesellschaft aufwendet, um alle Güter und Dienstleistungen zu produzieren, welche die Gesellschaft benötigt oder sich wünscht. Nicht darunter fallen, da nicht bezahlt, Haus- und Familienarbeit. In seiner Analyse zeigt Schildt, dass das Arbeitsvolumen seit 1882 um mehr als die Hälfte abgenommen hat. Arbeitszeiten von 60 Stunden oder mehr in der Woche sowie Kinderarbeit waren damals der Normalfall. Etwa

die Hälfte der Bevölkerung arbeitete dabei in der Landwirtschaft. Die Industrialisierung und die damit verbundenen Technologisierungen und Rationalisierungen führten in der Folge zur Abnahme des Arbeitsvolumens und der Arbeitszeit. Die Intensivierung der Arbeitsprozesse ermöglichte es, dass Arbeiten und Tätigkeiten mit Hilfe von Maschinen viel schneller und produktiver erledigt werden konnten. Gleichzeitig brachte der technologische Fortschritt neue Möglichkeiten in Konsum, Mobilität und Freizeit, was zu vielen neuen Arbeitszweigen führte, welche den Menschen Arbeit gaben und geben. Technologisierung und Automatisierung haben dazu geführt, dass trotz sinkendem Arbeitsvolumen fortlaufend mehr Güter produziert werden können. Heutzutage muss der Mensch für viel mehr Produkte und Konsummöglichkeiten viel weniger arbeiten. Der Effekt dieses Automatisierungsstroms ist, dass immer mehr Arbeitsplätze verschwinden und diese können, auch wenn dies einige Ökonomen und Ökonomeninnen behaupten, nicht durch blosses Wirtschaftswachstum oder Arbeitszeitverkürzungen ersetzt werden (vgl. Schildt, 2010, S. 127-158).

Schildt geht soweit zu sagen, dass der Arbeitsmarkt ein schrumpfender Markt ist. Ein Markt in welchem das Angebot an Arbeitskräften höher ist, als dessen Nachfrage. Wie kann nun angesichts dieser Tatsache der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden? Diese Frage wird heftig diskutiert und Schildt (2010) beschreibt vier Möglichkeiten zur Senkung der Arbeitslosigkeit.

**1) Senkung der Löhne:** Aus ökonomischer Sicht ist der Arbeitsmarkt ein Markt, wie alle anderen auch, welcher nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage funktioniert. Zu behaupten, dass eine Senkung der Löhne die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöht, ist aber zu einfach da es so scheint, als ob die Unternehmen gar nicht genügend Arbeit für alle Arbeit-suchenden haben. Lohnsenkungen würden daher höchstens die Arbeitslosigkeit verlangsamen, aufheben aber nicht (vgl. S. 158-159).

**2) Verkürzung der Arbeitszeit:** *„Senkungen der Arbeitszeit scheinen zwar am ehesten geeignet zu sein, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, denn sie könnten mit dem Absinken des Arbeitsvolumens einhergehen. Sie scheinen aber zur Zeit nicht durchsetzbar zu sein.“* (Schildt, 2010, S. 160). Dies vor allem aufgrund dessen, dass Arbeitszeitsenkungen zwangsläufig mit Lohnsenkungen einhergehen und darum vor allem bei Gewerkschaften und Arbeitnehmenden auf heftigen Widerstand stossen würden (vgl. S. 159-160).

**3) Vermehrung von Niedriglohnarbeit:** Diese Ansichten teilen vor allem Befürworter und Befürworterinnen eines aktivierenden Sozialstaates. Sie verlangen eine Senkung der Sozialleistungen und den Zwang, dass Arbeitslose Niedriglohnjobs annehmen, um sich den nötigen Zustupf zu den Sozialleistungen zu erwirtschaften. Es wäre quasi eine Quersubventionierung der Unternehmen, in welcher Unternehmen Arbeitskräfte zu Dumpinglöhnen ausbeuten und der Staat die restlichen Mittel zahlt, damit die Ausgebeuteten am Existenzminimum

leben können. Diesem Trend steht der Historiker Schildt sehr skeptisch gegenüber. Unternehmen würden sich über tiefere Lohnkosten freuen, dies würde sie aber nicht zwangsläufig dazu verleiten, mehr Leute einzustellen. Die Arbeitslosigkeit würde so nicht zwingend sinken, dafür die Soziale Ungleichheit steigen und die Gefahr einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ (Schildt, 2010, S. 161) zunehmen (vgl. S. 161).

**4) Stärkung der Nachfrage:** Dieses Konzept verfolgt das Ziel durch Erhöhung der Löhne, die Kaufkraft und den Konsum anzukurbeln und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. Es geht davon aus, dass wenn die Menschen über mehr Geld verfügen würden, mehr konsumiert wird und dadurch mehr Arbeitsplätze entstehen würden. Schildt bezweifelt aber, dass dies funktionieren würde (vgl. 161-163).

Schildt geht davon aus, dass das Arbeitsvolumen weiter sinken wird und fordert: „Wenn man trotzdem die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, ist keine andere Möglichkeit zu sehen, als die Arbeit gleichmässiger zu verteilen. Die Arbeitszeit muss verkürzt werden“ (2010, S. 163). Da dies aber schwierig umzusetzen ist, plädiert Schildt auch dafür, neue Wege zu denken und sich allenfalls von Altbewährtem zu trennen.

## **2.2 Arbeitsleistung als basales Instrument zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit**

Der Soziologe Ulrich Oevermann (2010) beschäftigt sich mit dem Thema der Arbeit als Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit. In der modernen, westlichen Gesellschaft gilt nach wie vor die Prämisse, dass das durch Erwerbsarbeit gewonnene Einkommen das fundamentale Kriterium für die Verteilung von materiellen, sozialen und kulturellen Gütern darstellt. Wer sich Güter und Dienstleistungen kaufen und an Kollektivgütern teilhaben will, soll sich diese mittels Erwerbsarbeit kaufen (vgl. S. 112).

In der leistungsethischen Normalvorstellung gilt Arbeit als gesellschaftliche Verpflichtung. Das heisst, dass alle in irgendeiner Form ihr Einkommen über Arbeit erwirtschaften müssen, um damit an der Gesellschaft teilzunehmen. Rationalisierungen, Technologisierung, Emanzipation der Frauen und viele andere Aspekte der Moderne haben die Erwerbsarbeit allerdings zu einem raren Gut gemacht. Arbeit als knappe Ressource führt nun dazu, dass Gemeinwohl und Leistungsethik sich gegenseitig beissen. Oevermann (2010) beschreibt diesen Konflikt mit der widersprüchlichen Gleichung: „Leistungsethik = Hedonismus“ (S. 113). Leistung steht im Widerspruch zum Gemeinwohl, da jemand, der seine Arbeitsleistung steigert, gleichzeitig den anderen Arbeit wegnimmt und somit hedonistisch handelt (vgl. Oevermann, 2010, S. 113). Trotzdem hält die Sozialpolitik gemäss Oevermann weiterhin an der Erwerbsarbeit als Verteilungsgerechtigkeit fest und richtet ihre Lösungsansätze darauf, Arbeit als



knappe Ressource zu bewirtschaften. Sozialpolitik spricht dabei von einem Recht auf Arbeit. Alle sollen die Möglichkeit haben, durch Erwerbsarbeit am gemeinsamen Leben teilzunehmen und sich somit selber zu verwirklichen. Dieser Gedanke macht Arbeit wiederum zur Pflicht „...und was eine Pflicht ist kann nicht zugleich für dasselbe Subjekt ein Recht sein.“ (Oevermann, 2010, S. 114). Angesichts der fehlenden Vollbeschäftigung stellt sich die Frage, wie lange sich Arbeitsleistung noch als basales Verteilungskriterium aufrechterhalten lässt. Für Oevermann lassen sich Leistungsethik und Leistungsmoral, gebunden an der Verpflichtung zur Arbeitsleistung, nicht mehr länger aufrechterhalten. Um die Leistungsethik zu erhalten bedürfe es dem Verzicht auf Arbeitsleistung als zentrales und grundlegendes Verteilungskriterium. Mit den Worten Oevermanns (2010): *„An die Stelle von Arbeitsleistung tritt als basales Verteilungskriterium ein den Grundsatz individueller Gleichheit erfüllendes Bedarfskriterium, das für alle erwerbsfähigen Individuen gleichermassen definiert ist.“* (S. 118).

Für Oevermann lässt sich das Problem der Arbeitslosigkeit und der Krise der Arbeitsgesellschaft nur lösen, indem eine Werteumorientierung geschieht. Leistungsethische Werte und die Vorstellung, dass nur, wer erwerbstätig ist, ein Recht auf Einkommen hat und der Gesellschaft einen Dienst erweist, führen nicht zum Erfolg. Die gegenwärtige Negativfigur des Arbeitslosen, Aussteigers oder nicht-Erwerbstätigen muss transformiert werden in die positive Figur des gesteigert individuierten, kreativen Lebenskünstlers, welcher selbstständig und selbstverwirklichend seinen Fähigkeiten und Ressourcen nachgeht und mit seiner „Arbeit“ und seinem Wirken dem Gemeinwohl einen Beitrag leistet. Eine Werteorientierung hin zu einem Menschenbild, welches davon ausgeht, dass jedes Mitglied der Gesellschaft, unabhängig von Erwerbsarbeit oder nicht, einen Beitrag leistet, wäre für Oevermann wünschenswert. Eine solche Gesellschaft würde voraussetzen, dass alle Mitglieder ein Recht auf ein Bedarfsminimum haben, welches Ihnen ohne Bedingung von der gleichen Gesellschaft zur Verfügung gestellt wird (vgl. Oevermann, 2010, S. 118-125).

## 2.3 Fazit

Die technologischen Entwicklungen der letzten hundert Jahre haben die Arbeitswelt so stark verändert, dass Vollbeschäftigung zum Wunschdenken geworden ist. Um der Massenarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, wurden verschiedene Reformen eingeleitet, welche alle ohne nachhaltigen Erfolg blieben. Eine Gemeinsamkeit aller Reformen ist das Festhalten am leistungsethischen Denkmuster der Erwerbsarbeit als Normalmodell. Dieses einseitige Denkmuster kritisiert Oevermann und fordert eine Werteumorientierung. Arbeitsleistung soll nicht mehr länger einziges Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit sein, sondern jedes Gesellschaftsmitglied hat ein Anrecht auf ein Bedarfsminimum, unabhängig von Erwerbsarbeit.

### 3 Reformidee Bedingungsloses Grundeinkommen

---

Das folgende Kapitel bildet den Schwerpunkt der Arbeit und widmet sich der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Eine Idee, die für Gesprächsstoff sorgt. Für einige ist ein bedingungsloses Grundeinkommen die logische Weiterentwicklung der Moderne, für andere schlicht undenkbar. Die Idee sorgt für Kontroversen, stellt sie doch ein in unserer Kultur fundamental wichtiges Gut in Frage. Nämlich die Arbeit oder besser ausgedrückt, die Erwerbsarbeit als solches. Wie im vorhergehenden Kapitel beschrieben, scheint es an Arbeit selber ja nicht zu mangeln, eher an Arbeitsplätzen, welche den Menschen ein Erwerbseinkommen ermöglichen. An diesem Gedanken knüpft das bedingungslose Grundeinkommen an und bricht das Paradigma von Erwerbsarbeit als einzigen Weg der Einkommenserzielung. Es entkoppelt die Arbeit vom Einkommen.

In diesem Kapitel werden verschiedene Sichten auf ein bedingungsloses Grundeinkommen vorgestellt. Die Diskussion über Nutzen oder Schaden eines Grundeinkommens wird in vielen verschiedenen Gruppen geführt. Die Grundeinkommensvorschläge und -modelle unterscheiden sich dementsprechend stark. Sie sind geprägt von unterschiedlichen Vorstellungen in Bezug zu Sozialstaats- oder Wirtschaftsfragen, Menschenbildern, Gerechtigkeitsvorstellungen und vielen anderen Aspekten. Dieses Kapitel stellt eine breite Palette von Grundeinkommensmodellen aus der Schweiz und Deutschland vor. Die Modelle werden auf Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede untersucht und in Kategorien gesetzt. Bei der Betrachtung der Modelle stellt sich auch immer die Frage, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen als Lösung der Krise der Arbeitsgesellschaft dienen kann und ob es als Reform des Sozialstaates taugt.

#### 3.1 Grundeinkommen aus soziologischer Sicht

Manuel Franzmann, ein deutscher Soziologe und Mitglied des Netzwerkes Grundeinkommen, sieht in den Reformbemühungen zur Senkung der Arbeitslosigkeit und in der „Krise der Arbeitsgesellschaft“: *„...eine kulturelle Abwehrformation..., welche die tief verwurzelte, habituelle Wertbindung an Erwerbsarbeit als Normalmodell wie ein Heiligtum verteidigen möchte“*. (2010, S. 15). Er kritisiert, dass bei allen Reformbemühungen die Erwerbsarbeit das wichtigste Verteilungsmerkmal bildet. Eine Infragestellung der Erwerbsarbeit als Normalmodell in der traditionellen westlichen Leistungsethik ist verpönt, wobei genau dieses Normalmodell für ihn das Krisenhafte darstellt. Den arbeitszeitverkürzenden Reformbemühungen steht er kritisch gegenüber. Für ihn sind diese keine Lösung auf Dauer. Das Problem liegt

darin, dass Arbeitszeit nicht sach- und personenspezifisch gestaltet wird, sondern pauschal kontingentiert ist. Alle sollen an der Erwerbsarbeit partizipieren und in irgendeiner Form teilnehmen. Der Zwang zur Erwerbsarbeit, egal welcher Art, entzieht seiner Meinung nach der Arbeit die Legitimationsgrundlage als Quelle lebenserfüllender, sinn- und identitätsstiftender Aufgabe. Nicht der Sinn oder Inhalt der Arbeit gilt als Wert, sondern die reine Beschränkung (Erwerbs)arbeit zu besitzen (vgl. Franzmann, 2010, S. 16-18).

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Krise der Arbeitsgesellschaft plädiert Franzmann für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger und Bürgerinnen. In Zeiten, in welchen es immer weniger Arbeitsplätze gibt und die Einkommensverteilung sich immer mehr zu Lasten der Erwerbsarbeit und zugunsten von Wissen und Kapital verschiebt, kann Erwerbsarbeit ihre Verteilfunktion nur noch unzureichend erfüllen. Dies belastet die sozialen Sicherungssysteme, welche von den Beiträgen aus Erwerbsarbeit abhängen. Deshalb plädiert er dafür, dass verstärkt Kapital einen Teil der Verteilungsfunktion übernehmen sollte (vgl. Franzmann, 2010, S. 23). Das Grundeinkommen könnte diese Verteilungsfunktion übernehmen, indem es den Menschen ein Existenzsicherndes Einkommen zusichert. Dieses würde den Menschen ermöglichen autonomer und freier ihren intrinsischen Leistungsmotiven zu folgen und eine für sie sinnstiftende Arbeit zu leisten. Franzmann zeigt dabei ein grosses Autonomievertrauen in die Menschen. Er glaubt nicht, dass durch ein Grundeinkommen die Menschen faul werden. Ein unproduktives Genuss- und Konsumleben ohne jegliche Hingabe für Etwas im Sinne des Gemeinwohles würde beim grössten Teil der Menschen zu einer fundamentalen Sinnkrise führen. Er geht davon aus, dass der Mensch aus eigenen Stücken heraus eine für sich und für die Gemeinschaft sinnvolle Tätigkeit ausführen möchte (vgl. Franzmann, 2010, S. 95-98).

Neben Autonomievertrauen ist für Franzmann die Loslösung von der Wertevorstellung Erwerbsarbeit als Normalmodell für ein bedingungsloses Grundeinkommen von entscheidender Bedeutung. Diese Loslösung scheint aber genau das grosse Problem zu sein. Für viele Mitglieder der Gesellschaft gilt Erwerbsarbeit als das Normale und ein Einkommen ohne „Leistung“ scheint unvorstellbar. Diese Wertevorstellung zeigt sich besonders in der aktivierenden Sozialhilfe. Es werden Arbeitsplätze subventioniert um möglichst alle Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen in Beschäftigungs- und Arbeitsprogramme zu „integrieren“. Arbeitsplätze, welche ohnehin längst rationalisiert hätten werden können. Dies widerspricht der marktwirtschaftlichen Logik. Es wird niedrig-qualifizierte und niedrigproduktive Arbeit subventioniert, anstelle des Menschen (vgl. Franzmann, 2010, S. 53-57).

### 3.2 Kategorien von Grundeinkommensmodellen

Die Debatte über ein Grundeinkommen wird nicht nur in linken Kreisen geführt, auch liberale Denknetze und die Unternehmerseite beteiligen sich stark an der Diskussion. Dies hat Schwung in die Debatte gebracht und aus den unterschiedlichen Richtungen sind Grundeinkommensvorschläge und –modelle entstanden. Die Tatsache, dass die Grundeinkommensidee in sehr unterschiedlichen Kreisen diskutiert wird, lässt vermuten, dass mit der Idee auch unterschiedliche Motive und Absichten verfolgt werden. Ausgehend von dieser Überlegung hat Wagner (2009) verschiedene Grundeinkommensvorschläge untersucht und eine Kategorisierung von Grundeinkommensmodellen ausgearbeitet. Grundlegend bei der Kategorisierung der verschiedenen Modelle ist für ihn die Frage der Rechtfertigung und der Motive der jeweiligen Grundeinkommensvorschläge. Ein Grundeinkommen kann sich einerseits dadurch rechtfertigen, *„...den kapitalistischen Markt und dessen gesellschaftliche Verankerung zu stabilisieren und mit Blick auf Krisenerscheinungen zu entlasten (und dies besser zu tun als bisherige Sozial- und Ordnungspolitiken), oder umgekehrt aus dem Potential, angesichts von Instabilitäten der erwerbsarbeits- und marktzentrierten Lebensführung von dieser zu entkoppeln.“* (S. 10). Er differenziert zwischen einem Kompensationsmotiv und einem Arbeitsumverteilungsmotiv.

Das **Kompensationsmotiv** anerkennt die Tatsache, dass Existenzsicherung durch Arbeit, angesichts der Arbeitsmarktveränderungen und hohen Arbeitslosenzahlen immer schwieriger wird und darum das soziale Sicherungssystem radikal verändert werden muss. Das Kompensationsmotiv strebt eine Bekämpfung der Armut an, ohne dabei an der herrschenden sozio-ökonomischen Ordnung zu rütteln. Im Gegenteil verfolgt es das Ziel, die Wirtschaft und die Gesellschaft besser an die veränderten Bedingungen anzupassen. Dabei können verschiedene Ziele unterschieden werden. 1) Die Verbesserung der Anreizstrukturen zur Arbeitsaufnahme durch eine negative Einkommenssteuer mit Freibetrag. 2) Eine Neugestaltung der Umverteilungsstruktur sozialstaatlicher Leistungen. Da der Grossteil der Sozialleistungen durch Lohnabgaben finanziert wird, sollte die Finanzierung auf breitere Basis gestellt werden und vermehrt aus Steuermitteln finanziert werden. 3) Eine Verbesserung der sozialstaatlichen Umverteilung mit dem Ziel der Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums (vgl. Wagner, 2009, S. 10-12).

Aus Sicht des **Arbeitsumverteilungsmotivs** liegt das Problem nicht im Sozialpolitischen Verteilungsapparat, sondern im Arbeitsmarkt selber. Es ist die Kritik an der Abhängigkeit der Beschäftigten von einem prekarierten und segmentierten Arbeitsmarkt. Die Grundeinkommensforderung zielt hierbei auf eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Durch eine gesicherte Existenz sollen die Menschen freier und autonomer werden von der Markt- und

Kapitalmacht. Es versteht sich als linkes, emanzipatorisches Projekt, welches eine gesellschaftspolitische Neudefinition von Arbeit anstrebt (vgl. Wagner, 2009, S. 12-14).

Mit Hilfe dieser zwei Motive hat Wagner verschiedene Grundeinkommensvorschläge untersucht und eine Kategorisierung von Grundeinkommensmodellen konzipiert.

**a) Neoliberaler Diskurs:** Die Vertreter und Vertreterinnen dieses Modells verfolgen als Leitmotiv die Verbesserung der Anreizstrukturen zur Arbeitsaufnahme. Sie fordern einen aktivierenden Sozialstaat, welcher absolute Armut verhindert, sich gleichzeitig aber so wenig wie möglich in wirtschaftliche Angelegenheiten einmischt. Menschen, welche vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, sollen durch den Staat unterstützt werden, dies aber nur übergangsmässig. Dafür soll ein Niedriglohnsektor entstehen, welcher die ausgeschlossene Bevölkerungsgruppe absorbieren kann. Dies würde den Sozialstaat entlasten und gleichzeitig die ökonomische Flexibilität erhöhen. Um den Arbeitsanreiz zu gewährleisten, sollte das Grundeinkommen relativ tief ausfallen oder in Form einer negativen Einkommensteuer ausbezahlt werden (vgl. Wagner, 2009, S. 17).

**b) Sozialliberaler Diskurs:** Hauptmotiv dieser Argumentation ist, über eine effizientere Verteilung der heutigen Sozialstaatsausgaben Armut effektiver zu verhindern und den Sozialstaat zu entlasten. Der Sozialstaat soll sich am ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandel anpassen. Ein Grundeinkommen in existenzsichernder Höhe würde die Mitglieder der Gesellschaft schützen, gleichzeitig könnte der Faktor Arbeit entlastet sowie die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen gesteigert werden (vgl. Wagner 2009, S. 18).

**c) Sozial-egalitärer Diskurs:** Eher aus linken Kreisen und als Gegenbewegung zum Neoliberalismus kommt die Forderung den Sozialstaat so umzubauen, dass eine verstärkte Umverteilung von oben nach unten geschieht. In Zeiten von steigender Armut, der Prekarisierung grosser Bevölkerungsschichten und stärker werdenden Ungleichheiten würde ein bedingungsloses Grundeinkommen die gesamtgesellschaftliche Solidarität stärken. Die Höhe sollte dabei ein sozio-kulturelles Existenzminimum garantieren und zur Finanzierung sollten vor allem höhere Einkommen und Gewinne herangezogen werden. Dadurch würden dreierlei Dinge erreicht. Die Stigmatisierung und Exklusion sozial Benachteiligter würde bekämpft. Die Akzeptanz für finanzielle Umverteilung würde erhöht und durch die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen würde die Gesellschaft unabhängiger vom Markt werden (vgl. Wagner, 2009, S. 18).

**d) Emanzipatorischer Diskurs:** Diese Grundeinkommensforderung, welche aus einer eher sozialistischen Denktradition kommt, geht noch einen Schritt weiter. Es geht nicht nur um die Bekämpfung der Armut, sondern um eine Umverteilung gesellschaftlicher Arbeit und mehr Autonomie für die abhängig Beschäftigten oder Erwerbslosen. *„Armutsbekämpfung wird also*

*weniger in der Kompensation marktproduzierender Ungleichheiten verortet, als vielmehr in der partiellen Schwächung des Ausbeutungs- und Ungleichheitscharakters des kapitalistischen Marktes.*“ (Wagner, 2009, S. 18). Ein hohes Grundeinkommen würde soziale und kulturelle Armut verhindern und den Individuen mehr Wahlmöglichkeiten geben (vgl. Wagner, 2009, S. 18,19).

### **3.3 Darstellung verschiedener Grundeinkommensmodelle**

Die Kategorisierung von Wagner soll als Hilfe dienen, die verschiedenen Grundeinkommensvorschläge einzuordnen und sie auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten hin zu untersuchen. In diesem Abschnitt werden einige Grundeinkommensmodelle vorgestellt und zur besseren Übersicht in die vorhin erwähnten Kategorien eingeteilt. Auf die Kategorie des sozialliberalen Diskurs wird nicht eingegangen, dafür wird eine neue Kategorie, die des autonomietheoretischen Diskurs, eingeführt.

#### **3.3.1 Neoliberaler Diskurs:**

##### **Konzeptionen von Friedman und Straubhaar**

###### **Grundeinkommen als negative Einkommenssteuer**

Milton Friedman, ein Vertreter des ökonomischen Liberalismus und einer der einflussreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts beschreibt in seinem Bestseller Kapitalismus und Freiheit (1962) die Vorteile des freien Marktes. Die Freiheit des Einzelnen sowie des Marktes steht im Zentrum seiner Argumentation. Er kritisiert den Wohlfahrtsstaat und sieht in ihm den grössten Feind der Wirtschaft. Für Friedmann ist der Wohlfahrtsstaat ein Betrug an den Leuten, die noch arbeiten und Steuern zahlen. Dass Armut ein Problem darstellt und die Gemeinschaft etwas zum Abbau der Armut unternehmen muss, stellt er nicht in Frage. Er kritisiert aber die Art und Weise, wie der Wohlfahrtsstaat dies tut. Für ihn sind Alterfürsorge, Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung, Subventionen sowie Mindestlohn- und Arbeitnehmerschutzgesetzgebungen der falsche Weg zur Armutsbekämpfung. Mit diesen Massnahmen nehme der Staat zu viel Einfluss auf die Wirtschaft und störe somit den freien Markt. Er plädiert dafür alle diese Hilfen abzuschaffen und stattdessen ein Grundeinkommen in Form einer negativen Einkommenssteuer einzuführen. Bei einer negativen Einkommenssteuer gäbe es einen Steuerfreibetrag. Menschen, dessen Einkommen unter diesem Steuerfreibetrag liegt, würden eine Zuwendung vom Staat erhalten. Als Berechnungsbeispiel nimmt Friedman einen Steuerfreibetrag von 600 Dollar und einen Zuwendungssatz von 50 %. Verdient nun eine Person mehr als 600 Dollar, bezahlt sie Steuern auf den Mehrverdienst. Verdient eine Person aber weniger als 600 Dollar zahlt sie keine Steuern, im Gegenteil, sie erhält eine Zuwendung, nämlich 50 % der Differenz zwischen Einkommen und Steuerfreibetrag. Beispiel:

Wenn eine Person 300 Dollar verdient, erhält sie vom Staat 150 Dollar als Grundeinkommen  $((600-300) / 50 \% = 150)$ . Verdient eine Person nichts, bekommt sie den Maximalbetrag von 300 Dollar ausbezahlt (50 % von 600). Der Zuwendungssatz oder Freibetrag könnte in Friedmans Modell auch gestaffelt werden, so würde er zum Beispiel für Familien höher liegen als für Alleinstehende. Friedman sieht in dieser Art der Hilfe den Vorteil, dass sie speziell auf das Problem der Armut ausgerichtet ist. Sie ist allgemein anwendbar und kann anstelle der vielen Wohlfahrtsstaatlichen Sondermassnahmen eingeführt werden. Der Wohlfahrtsstaat würde dadurch extrem vereinfacht und verkleinert. Das Programm würde die Menschen mit keinem oder sehr tiefen Einkommen unterstützen, die Armut bekämpfen, die Sozialausgaben senken und ganz wichtig für den ultraliberalen Denker Friedman. Der freie Markt würde nicht mehr länger vom Staat beeinflusst werden (vgl. Friedman, 2004, S. 227-232).

### **Grundeinkommen als soziale Marktwirtschaft**

Thomas Straubhaar, ein Schweizer Ökonom, Wirtschaftsprofessor an der Universität Hamburg und Initiator des Vereins Pro Bürgergeld, gilt als Vertreter eines Grundeinkommensvorschlages im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft. Straubhaar bezeichnet den Deutschen Sozialstaat als nicht mehr zeitgemäss und sieht radikale Reformen als nötig. Das Sozialsystem in Deutschland wurde in Zeiten von Vollbeschäftigung und stetigem Wirtschaftswachstum aufgebaut. Die grundlegenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demographischen Veränderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben dazu geführt, dass der Sozialstaat im bekannten Sinne nicht mehr trag- und finanzierbar ist. Straubhaar kritisiert den Sozialstaat als paternalistisch und veraltet. Leistungen sind an Kontrolle, Bevormundung und Zwang gebunden. Leistungsempfänger und –empfängerinnen werden stigmatisiert und in unsinnige Beschäftigungsprogramme gezwungen. Dazu kommt ein enormer Bürokratieaufwand. All dies führt zu individuellen und gesamtwirtschaftlich schädlichen Folgen. Straubhaar plädiert für eine zukunftsfähige, effiziente und soziale Marktwirtschaft. Um dies zu erreichen: *„...sind freie Bürgerinnen und Bürger, die selbstbestimmt entscheiden und arbeiten, ebenso unverzichtbar wie ein auf Eigenverantwortung basierendes, wettbewerblich organisiertes, flexibles Wirtschaftssystem als Voraussetzung für ein nachhaltig finanziertes Sozialsystem.“* (Straubhaar, 2007, S. 11). In seinen Augen braucht es für eine funktionierende und erfolgreiche Marktwirtschaft soziale Sicherungssysteme. Soziale Sicherungsnetze sind förderlich für Wirtschaft und Innovation. Menschen gehen eher Risiken ein und verfolgen ein Ziel, wenn ihre Existenz gesichert ist (vgl. Straubhaar, 2007, S. 11).

Wie dieses Sozialsystem aussehen könnte, skizziert Straubhaar im HWWI-Modell (Hamburger Weltwirtschaftsinstitut) eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Eckpfeiler dieses Reformvorschlages sind:

- Der Staat zahlt allen Bürgern und Bürgerinnen jeden Alters lebenslang ein existenzsicherndes Grundeinkommen, welches ohne Bedingungen, Gegenleistungen, Anträge oder bürokratischen Aufwand bezogen wird. Der Ansatz für Kinder liegt dabei niedriger als der Erwachsener.
- Das Grundeinkommen wird aus dem allgemeinen Staatshaushalt über direkte und indirekte Steuern finanziert (Einkommens- und Konsumsteuern).
- Das Grundeinkommen erhalten alle steuerfrei, es ist ein Steuerfreibetrag. Alle zusätzlichen Einkünfte werden zu einem einheitlichen und gleichbleibenden Steuersatz besteuert.
- Das Grundeinkommen ersetzt nahezu alle steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen, wie Renten- und Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Wohn- und Kindergeld. Dadurch entfallen die heute zu leistenden Abgaben an die Sozialversicherungen vollständig, was dazu führt, dass die Lohnnebenkosten sinken.
- Sozialpolitisch motivierte Eingriffe in den Arbeitsmarkt werden einer kritischen Prüfung unterzogen.

(vgl. Straubhaar, 2007, S. 13).

Die Stärken eines solchen Grundeinkommens liegen für Straubhaar in der Transparenz und Einfachheit. Es funktioniert ohne bürokratischen Berechtigungsprüfungs-, Ermittlungs- und Kontrollaufwand. Das Grundeinkommen entkoppelt die Existenzsicherung von der Erwerbsarbeit und schafft somit mehr Sicherheit und trägt dem sozioökonomischen Wandel Rechnung. Des Weiteren stärkt es die Motivation und Leistungsbereitschaft. Der Leistungsanreiz weiterhin Einkommen durch Erwerbsarbeit zu erzielen, bleibt erhalten oder steigert sich sogar. Das Grundeinkommen ist ein Bürgerrecht, welches allen eine gesellschaftliche Mindestteilnahme ermöglicht, ohne an Bedingungen und Kontrollen geknüpft zu sein. Dadurch wird gesellschaftliches Engagement und Verantwortungsgefühl gestärkt. Das bedingungslose Grundeinkommen ist egalitär und gleichzeitig individualistisch. Egalitär im Sinne, dass alle eines erhalten und individualistisch, da es nicht an Bedingungen oder an bestimmte Verhaltens- oder Lebensweisen der Bezüger und Bezügerinnen geknüpft ist (vgl. Straubhaar, 2007, S. 13-15).

Die Einführung eines Grundeinkommens würde die Finanzierung der Sozialsysteme stark verändern. Eine Studie von Straubhaars Weltwirtschaftsinstitut kam zum Schluss, dass ein Grundeinkommen finanzierbar wäre. Da die heute bekannten Sozialversicherungen wegfielen, könnte ein Grossteil des Grundeinkommens aus diesen Mitteln beglichen werden, dazu



kämen Mittel aus Konsum- und Einkommenssteuern. Die Finanzierung hängt natürlich auch immer mit der Höhe des Grundeinkommens zusammen. Die Entscheidung über die Höhe dieses Grundeinkommens würde in einem politischen Prozess ausgearbeitet werden (vgl. Straubhaar, 2007, S. 15,16).

Ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte grundlegende Veränderungen des Arbeitsmarktes zur Folge, welche ganz im Sinne der ökonomischen und marktwirtschaftlichen Interessen sind. Straubhaar erhofft sich durch das Grundeinkommen einen freieren Arbeitsmarkt. Staatliche Arbeitsmarktregulierungen und Eingriffe in den freien Markt werden unterbunden. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wird getrennt. Sozialpolitische Umverteilung von Kapital ist durch das Grundeinkommen erreicht und der Sozialstaat muss daher nicht mehr in den Arbeitsmarkt eingreifen. Der Arbeitsmarkt kann dadurch flexibilisiert und effizienter gestaltet werden. Die Lohnabhängigen bekommen durch die Existenzsicherung eher die Möglichkeit Nein zu sagen, was deren Verhandlungsmacht stärkt. Das Arbeitsangebot wird tendenziell umstrukturiert. Je höher das Grundeinkommen, desto eher wird das Arbeitsangebot für unangenehme Arbeiten sinken und das für angenehme Tätigkeiten steigen. Dies hat zur Folge, dass die Löhne für unangenehme Arbeiten eher steigen und die für angenehme Arbeiten eher sinken. Eine Senkung der Löhne würde die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhen und wäre somit ein Mittel zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig würde Teilzeitarbeit gefördert werden. Dies hätte ebenfalls einen positiven Effekt auf die Arbeitslosigkeit, da die Arbeit auf mehrere Menschen verteilt werden würde. Dadurch würde auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigen, da mehr Menschen sich über Erwerbsarbeit einbringen und durch tiefere Arbeitszeiten konzentrierter und produktiver arbeiten würden. Zudem würde das Grundeinkommen Freiräume für vom Markt unabhängige, aber für die Gesellschaft enorm wichtige Arbeiten, wie Familien-, Betreuungs- und Freiwilligenarbeit schaffen. Ein Existenzsicherndes Grundeinkommen eröffnet den Menschen ebenfalls die Möglichkeit sich weiterzubilden, zu studieren oder einen Berufswunsch zu verfolgen, welcher den jeweiligen Interessen und Neigungen entspricht. Dies würde langfristig zu einem steigenden Qualifikationsniveau und einer effizienteren Arbeitsteilung führen, da gutausgebildete, topmotivierte Menschen ihrer „Berufung“ nachgehen. Unternehmergeist und Risikobereitschaft werden gefördert und bilden die Grundlage für Innovation und Selbstständigkeit. Ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte positive Auswirkungen auf einen nachhaltigen ökonomischen Erfolg (vgl. Straubhaar, 2007, S. 17-18).

### **3.3.2 Sozial-egalitärer Diskurs:**

#### **Die Schweizer Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“**

Am 11. April 2012 lancierte in der Schweiz eine kleine Gruppe von Aktivisten und Aktivistinnen die Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“. Sie fordern vom Bund die Einführung eines bedingungsloses Grundeinkommens, welches der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen soll. Das Gesetz soll insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens regeln (vgl. Eidgenössische Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“, 2012). Die Volksinitiative wird getragen von Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Lagern. Kulturschaffende wie Künstler, Schriftstellerinnen oder Musiker sind genauso vertreten wie Unternehmerinnen, Wirtschaftsprofessoren oder der Gewerkschaftspräsident der Syna. Das Initiativprojekt ist sowohl parteipolitisch wie konfessionell neutral und gehört keiner übergeordneten Institution an (vgl. [bedingungslos.ch](http://bedingungslos.ch)).

Das Initiativkomitee verfolgt folgenden Grundeinkommensvorschlag: Jeder Mensch, der rechtmässig in der Schweiz lebt, erhält jeden Monat 2'500 Franken. Kinder abgestuft nach Alter weniger. Der Bezug ist an keinerlei Bedingungen geknüpft. Ob arm oder reich, erwerbstätig oder nicht, krank oder gesund, Jeder und Jede erhält ein Grundeinkommen, welches ein würdevolles Leben ermöglichen soll. Die Initianten und Initiantinnen erhoffen sich durch die Einführung eines Grundeinkommens eine freiere, solidarische Gesellschaft, in welcher der Mensch selbstbestimmter und ohne Existenzangst über sein Leben bestimmen kann. Ein Grundeinkommen soll Freiräume schaffen für Arbeit jenseits von Erwerbsarbeit. Die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt extrem wichtige, doch unbezahlte Haus-, Pflege- oder Familienarbeit wird aufgewertet, genauso wie Freiwilligen- oder Vereinsarbeit. Die Stigmatisierung, welche Arbeitslose oder von Sozialleistungen abhängige Menschen erfahren, kann durch ein Grundeinkommen verringert werden. Anerkennung und sozialer Status sind nicht mehr zwingend mit der Erwerbsarbeit verbunden (vgl. Argumentarium zur Eidgenössischen Volksinitiative, 2012).

In Ihrem Buch „Die Befreiung der Schweiz“, beschreiben Christian Müller und Daniel Straub (2012), Mitglieder des Initiativkomitees, den Grundeinkommensvorschlag detaillierter. Sie behandeln dabei, wie bereits viele Autoren und Autorinnen vor ihnen, die Veränderungen in der Arbeitswelt. Die Rationalisierungen aufgrund des technologischen Fortschritts haben die Arbeitswelt insoweit verändert, dass Vollbeschäftigung zu einem Wunschdenken geworden ist. Bereiche wie Industrie, Produktion oder Landwirtschaft benötigen aufgrund der Automatisierung und Technologisierung immer weniger Arbeitskräfte, wohingegen Arbeiten im Bereich der Bildung, Gesundheit, Betreuung oder Kultur nicht durch Maschinen ersetzt werden

können. In diesen Bereichen müsste mehr Arbeit geleistet werden, doch fehlen dafür die nötigen finanziellen Mittel. Für Müller und Straub ist es daher an der Zeit, den Arbeitsbegriff zu erweitern und Arbeit nicht nur auf Erwerbsarbeit zu reduzieren. Sie weisen auf die Wichtigkeit von unentgeltlicher Familien-, Pflege und Betreuungsarbeit sowie Freiwilligen- und Vereinsarbeit hin. *„Insgesamt werden in der Schweiz pro Jahr über zwei Milliarden Stunden für unbezahlte Kinderbetreuung aufgewendet. Das entspricht 1,1 Millionen Vollzeitstellen.“* (Müller und Straub, 2012, S. 27). Die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen ist daher von zentraler Bedeutung. Die Gesellschaft hat sich von einer Selbstversorgungs- zu einer Fremdversorgungsgesellschaft, in welcher Geld eine fundamentale Rolle spielt, gewandelt. Der Mensch ist für seinen Lebensunterhalt auf Geld angewiesen, unabhängig ob er eine Erwerbsarbeit besitzt oder nicht (vgl. Müller und Straub, 2012, S. 20-34). Im bedingungslosen Grundeinkommen sehen sie die Möglichkeit, diesen Entwicklungen gerecht zu werden und allen Bürgern und Bürgerinnen eine würdevolle Existenz zu ermöglichen. Ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Zwang zur Arbeitsaufnahme, ohne Stigmatisierung oder Missbrauchsvorwürfe und ohne bürokratische Kontrolle (vgl. Müller und Straub, 2012, S. 44-45).

Durch die Einführung eines Grundeinkommens erhoffen sich Müller und Straub Veränderungen im Wirtschaftsbereich. Sie kritisieren, dass sich die Wirtschaft nur an Wachstum und Bruttoinlandprodukt orientiert und der Mensch alles dafür tut, damit es der Wirtschaft gut geht. Diese eindimensionale Denkweise stellt das Grundeinkommen in Frage. *„Bei einem so hohen materiellen Wohlstandsniveau wie in der Schweiz ist die Frage fällig, ob das Glück der Menschen durch ein Mehr an materiellen Gütern gesteigert werden kann.“* (Müller und Straub, 2012, S. 86). Für die Autoren hat Wohlstand auch etwas mit Sicherheit, eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, guten Beziehungen, Sinnfindung im eigenen Handeln und Wertschätzung zu tun. Trotzdem sehen sie das Grundeinkommen als eine liberale Idee und als Weiterentwicklung der Marktwirtschaft, welches sich durchaus positiv auf die Wirtschaft auswirken kann. Sie erwarten beispielsweise, dass durch die finanzielle Sicherheit Innovationen gefördert werden und dass es zu einem Innovationsschub von kleinen Startup-Unternehmen kommen würde, welche der Wirtschaft enorm gut täten. Des Weiteren sind sie überzeugt, dass der Grossteil der Menschen weiterhin arbeiten würde. Einerseits zur persönlichen Sinnstiftung und Beschäftigung, andererseits, da viele gerne mehr als das Existenzminimum zum Leben hätten (vgl. Straub und Müller, 2012, S. 85-91).

Während das Modell von Müller und Straub in der Argumentation und Ausgestaltung viel egalitäre und emanzipatorische Aspekte beinhaltet zeigt es bei der Finanzierung klar liberale Tendenzen. Bei einer Einführung des Grundeinkommens gehen sie von jährlichen Kosten von 200 Milliarden Franken aus. In ihrer Rechnung ist dabei der Grossteil des Grundeinkommens bereits finanziert, da das Grundeinkommen in die bestehenden Löhne hinein-

wächst. Im Gegensatz zu anderen Modellen wird in diesem das Grundeinkommen nicht auf die bestehenden Löhne oben drauf geschlagen, sondern das Grundeinkommen bildet den ersten Teil des Lohnes. Anders gesagt, wer heute 6'000 Franken verdient, verdient auch nachher noch 6'000 Franken, mit dem kleinen Unterschied, dass die ersten 2'500 Franken aus dem Grundeinkommenstopf gezahlt werden. Lediglich wer unter 2'500 Franken verdient, hat schlussendlich mehr vom Grundeinkommen, für alle anderen bleibt das Einkommen gleich. Durch diese Umverteilung wird die Arbeit für Unternehmen günstiger. Die Kosten für die Produktion und Dienstleistungserbringung sinken, sowie das gesamte Preisniveau. Der Grundeinkommenstopf wird in erster Linie über diese Lohntransferleistung in der Höhe von etwa 128 Milliarden Franken finanziert. Müller und Straub gehen davon aus, dass diese Art der Finanzierung viel Bewegung in den Tieflohnsektor bringt, da der Anreiz zur Arbeitsaufnahme von schlechtbezahlter Arbeit sinkt und dies zu einer Lohnerhöhung führt, da die Wirtschaft auf diese Arbeiten angewiesen ist. Die verbleibenden 72 Milliarden Franken würden zum grössten Teil (nämlich 70 Milliarden) durch Einsparungen bei den bisherigen Sozialleistungen wie AHV, IV, Arbeitslosenkasse, Familienzulage etc. finanziert. Diese Einsparungen entsprechen aber nur einem Teil der Sozialleistungen, denn auch in einer Grundeinkommensgesellschaft bleiben viele Sozialleistungen erhalten, da es Lebenssituationen gibt, wo Menschen mehr finanzielle Unterstützung benötigen als nur ein Grundeinkommen. Für den verbleibenden Finanzierungsbetrag käme eine Erhöhung der Konsumsteuer, Umwelt-, Erbschafts- oder Lenkungssteuern infrage. Wie das Grundeinkommen schlussendlich genau finanziert werden würde, ist aber nicht abschliessend geregelt. Die Finanzierung wird im Initiativtext auch nicht behandelt und würde bei einer Annahme der Initiative in einem demokratischen Prozess ausgearbeitet werden (vgl. Müller und Straub, 2012, S. 56-70).

### 3.3.3 Emanzipatorischer Diskurs:

#### **Modell der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen (BAG)**

Der emanzipatorische Grundeinkommensdiskurs wird in Deutschland stark geprägt durch die 2007 gegründete Partei DIE LINKE. DIE LINKE versteht sich als sozialistisch demokratische Partei und verfolgt das Ziel, die kapitalistische auf Wachstum und Profit beruhende Gesellschaftsordnung zu überwinden. Sie streben nach einer Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur. Armut muss bekämpft werden und jedes Gesellschaftsmitglied soll das Recht auf Soziale Teilhabe besitzen. Sie fordern eine Umverteilung von oben nach unten durch gerechtere Steuern, gesetzliche Mindestlöhne und sichere Renten (vgl. Programm der Partei DIE LINKE, 2011, S 4-8).

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist bei den Linken populär, allerdings entsprach keines der bisherigen Modelle ihren Vorstellungen linker Politik. Daher gründete die Partei die Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen (BAG), welche ein Grundeinkommenskonzept entwarf, welches dem emanzipatorischen Charakter eines sozialistisch demokratischen Gesellschaftsmodells entsprechen soll. Der Grundeinkommensvorschlag von Stefan Wolf, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft (BAG) sieht folgendermassen aus:

Das Grundeinkommen wird bedingungslos und individuell ausbezahlt. Es ist an keinerlei Bedingung oder Arbeitszwang geknüpft. Jedes Gesellschaftsmitglied erhält ein Grundeinkommen in existenzsichernder, Armut verhindernder Höhe. Personen über 16 Jahre erhalten ein Grundeinkommen von etwa 1'000 Euro monatlich. Kinder und Jugendliche die Hälfte. Die Höhe des Grundeinkommens liegt über der Armutsrisikogrenze und würde damit die Einkommensarmut sowie die verdeckte Armut beseitigen. Das Grundeinkommen ist von der Staatsbürgerschaft völlig unabhängig. Jede Person, die Ihren Wohnsitz dauerhaft in Deutschland hat, ist Grundeinkommensberechtigter. Der Anreiz zur Arbeit bleibt weiterhin bestehen, da das Grundeinkommen mit Erwerbseinkommen voll kumulierbar ist und zudem ein Grossteil der Bevölkerung gerne mehr als nur das Grundeinkommen zur Verfügung hätte. Der Grundeinkommensbetrag ist ein Steuerfreibetrag, während auf dem zusätzlich erzielten Einkommen Steuern erhoben werden. Im Gegensatz zu liberalen Grundeinkommensmodellen bleiben in diesem Modell die meisten Sozialversicherungssysteme wie Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung erhalten oder werden sogar noch ausgebaut. So sollen beispielsweise Kinderkrippen, Universitäten oder der öffentliche Nahverkehr gebührenfrei und somit für alle zugänglich werden. Die Finanzierung dieser Sozialversicherungen wird dabei weiterhin über Beiträge der Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden erfolgen. Bei selbstständig Erwerbenden würde der Staat die „Arbeitgeberbeiträge“ bezahlen. Was durch das Grundeinkommen entfällt sind die Ausgaben für Kindergeld, Familienhilfe oder auch die Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II, Hartz IV) sowie die Sozialhilfe, da diese im

Grundeinkommen integriert sind. Das Grundeinkommen ersetzt nicht die Notwendigkeit von Arbeitsmarktpolitischen Massnahmen. Arbeitsrechtliche Verbesserungen durch Arbeitszeitverkürzungen und –umverteilungen, sowie durch einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde und gleiche Löhne für gleiche Arbeit von Frauen und Männer werden angestrebt. Der durch Hartz IV geschaffene Niedriglohnsektor mit 1-Euro Jobs und Leiharbeit soll abgeschafft werden (vgl. Wolf, 2010, S. 2-13).

DIE LINKE betrachtet ihr Grundeinkommensmodell nicht als Allheilmittel sozialer und wirtschaftlicher Probleme. Es ist vielmehr ein Bestandteil ihrer emanzipatorischen und gesellschaftstransformatorischen Gesamtstrategie, welche eine Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Arbeit anstrebt. Die stärkere Belastung von Kapital, Vermögen und hohen Einkommen durch Besteuerung würde zu einer massiven Umverteilung von oben nach unten führen. Ein hohes Grundeinkommen hat dabei eine stark dekommodifizierende Wirkung. Das heisst, der Zwang der Lohnabhängigen, ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt um jeden Preis zu verkaufen, entfällt. Dies würde die Freiheit der Arbeitnehmenden und der Menschen generell stärken, sowie den Sinn der Arbeit auf eine andere Ebene setzen. Sinnstiftende und der Gesellschaft nützliche Arbeit würde gegenüber der rein auf Einkommen zielenden Arbeit an Bedeutung gewinnen. Ziel der Linken ist die Schaffung einer solidarischen, partizipativen und kooperativen Gesellschaft, die auf der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Freiheit des Einzelnen basiert und auf ökologische Nachhaltigkeit setzt. Das Grundeinkommen gilt dabei als Menschenrecht und müsste europa- und weltweit eingeführt werden (vgl. Wolf, 2010, S. 2-13).

Bei einem so starken und kostenaufwändigen Umbau des Sozialstaates stellt sich natürlich die Frage, wie das alles finanziert werden soll. Grundpfeiler der Grundeinkommensfinanzierung ist eine Einkommenssteuer von 35 Prozent auf alle Einkommen ab dem ersten Euro. Dabei ist das Grundeinkommen steuerbefreit, während jeder zusätzlich verdiente Euro besteuert wird. Ab einem Einkommen über 60'000 Euro wird der Steuersatz gar auf 70 Prozent erhöht. Weitere Finanzierungsquellen sind eine Börsenumsatzabgabe, welche den Umsatz mit Wertpapieren besteuert. Eine Sachkapitalabgabe, welche auf Immobilien erhoben wird. Eine Primärenergieabgabe, welche vor allem grosse Energieverbraucher treffen soll. Eine Abgabe auf Finanztransaktionen sowie eine Luxusumsatzabgabe auf Luxusgüter. Diese Finanzierungsform setzt stark auf die Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Kapital, was einer sehr starken Umverteilung von oben nach unten entspricht. Besser- und Bestverdienende werden am stärksten belastet. Diese Art der Finanzierung führt gemäss der BAG zu einer Abflachung der Einkommenshierarchie und damit zu einer breiten Streuung der Vermögen. Dies bewirkt eine Dezentralisierung von wirtschaftlicher Macht und stärkt die Stellung der abhängig Beschäftigten (vgl. Wolf, 2010, S. 2-13).

### 3.3.4 Autonomietheoretischer Diskurs:

#### Grundeinkommensmodell von „Freiheit statt Vollbeschäftigung“

Bei der genauen Betrachtung der verschiedenen Grundeinkommensmodelle zeigt sich, dass sich nicht alle Vorschläge und Modelle in die von Wagner ausgearbeiteten Kategorien einordnen lassen. Aus diesem Grund wird als weitere Kategorie der Autonomietheoretische Grundeinkommensdiskurs eingeführt. Dieser Diskurs wird von der Aktion „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ propagiert, welche 2003 vom deutschen Soziologen Sascha Liebermann und einigen Vertretern und Vertreterinnen aus Lehr- und Forschungsgruppen gegründet wurde. Bei ihrer Tätigkeit in Lehr- und Forschungsaufträgen von Universitäten haben sich die Mitglieder mit den Veränderungen der Arbeitswelt und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft und das Gemeinwesen auseinandergesetzt. Als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft fordern sie die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Angesichts der strukturellen Massenarbeitslosigkeit und der Schrumpfung des Arbeitsvolumens aufgrund der Technologisierung sind für Liebermann die Zeiten der Vollbeschäftigung schon lange vorbei. Für ihn ist es an der Zeit, sich vom Dogma der Erwerbsarbeit als Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit zu lösen und neue Formen von Solidargemeinschaften zu entwickeln. Liebermann kritisiert den aktivierenden und kontrollierenden Charakter der sozialen Sicherungen wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe. Der Zwang zur Arbeitsaufnahme oder die Leistungskürzungen bei Arbeitsunwilligkeit stehen im krassen Widerspruch zu seinen Vorstellungen von Freiheit und Autonomie der Bürger und Bürgerinnen (vgl. Liebermann, 2005, S 2-6). Liebermann sieht in den aktivierenden Massnahmen *„Misstrauen gegenüber Autonomie und Verantwortungsempfinden der Bürger.“* (2005, S. 3). Sozialleistungsempfänger und –empfängerinnen werden nicht mehr als Mitbürger und Mitbürgerinnen betrachtet, sondern als Kostenfaktor. Bei allen Reformideen stellt sich für ihn die entscheidende Frage: *„Wollen wir Autonomie und Eigenverantwortlichkeit der Bürger stärken und damit auf die Souveränität der Bürger vertrauen? Oder misstrauen wir ihnen, dann müssen wir Kontrollsysteme einführen, die die Bürger gängeln und bevormunden, statt die Chancen zur Stärkung der Autonomie zu ergreifen.“* (Liebermann, 2005, S. 3).

Liebermanns Grundeinkommensvorschlag fordert: *„Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger von der Wiege bis zur Bahre wird ohne Bedürftigkeitsprüfung jedem Bürger gewährt, Erwachsenen wie Kindern gleichermassen.“* (2005, S. 8). Von der Terminologie wichtig ist, dass das Grundeinkommen kein Ersatzeinkommen wie z.B. Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe ist. *„Es steht auf einer anderen Legitimationsgrundlage. Es ist ein Bürgereinkommen – es steht jedem Bürger zu, ohne Beiträge gezahlt zu haben oder bedürftig zu sein.“* (Liebermann, 2005, S. 8). Über die genaue Höhe des Grundeinkommens macht er keine Aussage. Es sollte aber so hoch sein, dass es die Existenz sichern und die Freiheit

fördern kann Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen. „*Das bedingungslose Grundeinkommen anerkennt die Bürger als Fundament des Gemeinwesens, fördert den gemeinschaftlichen Zusammenhalt und stärkt die Demokratie.*“ (Liebermann, 2009, S. 6).

Die Auswirkungen bei der Einführung eines Grundeinkommens sind vielseitig. Liebermann geht von einer Stärkung der Familie aus. Durch die Existenzsicherung hätten die Eltern viel mehr Möglichkeiten sich der Erziehung und Fürsorge ihrer Kinder zu widmen. Gleichzeitig haben Jugendliche und junge Erwachsene die Möglichkeit bei der Berufswahl ihren Neigungen zu folgen und müssen nicht rational-sachlich entscheiden, ob ihr Beruf sie finanziell absichert oder auf dem Arbeitsmarkt eine Chance hat. Ein Grundeinkommen würde die Innovation und die Musse stärken. Durch eine Existenzsicherung wird der Mensch freier sich zu bilden, seine Berufung zu finden, eine Idee oder eine Vision zu verfolgen, Kulturarbeit zu leisten und sich ausserhalb der reinen Erwerbsarbeit zu verwirklichen. Ein Grundeinkommen befreit vom Gebot der Erwerbsarbeit. Tätigkeiten ausserhalb der reinen Erwerbsarbeit gewinnen an Gewicht und es wäre mit einer Zunahme von Tätigkeiten im Sinne des Gemeinwohles zu rechnen. Gleichzeitig stärkt ein Grundeinkommen Arbeitnehmende und Arbeitgebende. Arbeitnehmende in dem Sinne, dass sie durch das Grundeinkommen, als Existenzsicherung, mehr Verhandlungsmacht bekommen. Ohne Existenzangst ist der Druck zur Aufnahme jeglicher Arbeit viel geringer. Arbeitgebende müssen schauen, dass ihre Stellen attraktiv sind, damit sie besetzt werden können. Gleichzeitig können die Unternehmen auf motivierte Mitarbeitende zurückgreifen. Unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige müssten nicht aus politischen Überlegungen der Sozialverträglichkeit aufrechterhalten werden. Sinnentleerende, rationalisierbare und automatisierbare Arbeiten könnten durch technologische Neuerungen ersetzt werden. Das Grundeinkommen bietet auch Chancen im Bereich des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung. Es ist gut möglich, dass die Abwanderung aus ländlichen, strukturschwachen Gebieten abnimmt und ein Grundeinkommen hilft, kleine, lokale Wirtschaftsräume zu bilden. Agrarsubventionen können durch das Grundeinkommen ersetzt werden und die Landwirte werden freier in Ihrer Produktion. Sie können vermehrt das anbauen, was sie möchten und nicht wofür sie Subventionen erhalten. Das Grundeinkommen stellt generell die Frage nach dem Sinn von Wachstum, da Wachstum alleine nicht länger Selbstzweck zur Erzeugung von Arbeitsplätzen ist (vgl. Liebermann, 2009, S. 6-13). Ein Grundeinkommen würde zudem zum Abbau der Sozialbürokratie führen, da der Kontroll- und Bevormundungsaufwand bei Leistungsbezügen wegfällt. Die Stigmatisierung, welche derzeit Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger- und –empfängerinnen erfahren, würde verschwinden. Es wäre ein Freiheitsgewinn für alle Bürger und Bürgerinnen (vgl. Liebermann, 2005, S. 13).



Über die Finanzierung eines Grundeinkommens macht sich Liebermann nur wenig Gedanken. Er lehnt sich an das Finanzierungsmodell von Götz Werner. In diesem klar liberalen Modell würde das Grundeinkommen mittels einer Konsumsteuer finanziert werden. Güter des täglichen Gebrauchs würden dabei niedriger besteuert als Luxusgüter. Das Steuerwesen würde grundsätzlich verändert werden. Ertragsbesteuerung auf Einkommen und Gewinne würde genauso wegfallen, wie die Lohnnebenkosten. Die Argumentation für dieses Finanzierungsmodell ist, dass nicht die Schaffung von Werten besteuert werden soll, sondern dessen Konsum. Der Wertschöpfungsprozess würde eine enorme Entlastung erfahren. Der Export würde billiger werden, während der Import teurer wird. Dadurch wird der interne Wertschöpfungsprozess gestärkt (vgl. Liebermann, 2005, S. 13-14).

### **3.4 Fazit**

Bei der Betrachtung der verschiedenen Grundeinkommensmodelle zeigt sich eine starke Diversifikation, welche vor allem mit unterschiedlichen Motiven und Vorstellungen von Sozialstaatlichkeit oder (Erwerbs)Arbeit zu tun haben. Der Notwendigkeit einer sozialstaatlichen Existenzsicherung stimmen alle zu und die zentrale Forderung aller Grundeinkommensmodelle ist die Bekämpfung von Armut. Dabei haben die Modelle aber zum Teil sehr unterschiedliche Vorstellungen von der Höhe des Grundeinkommens oder vom Armutsbegriff selber. Bei der Ausgestaltung des Sozialstaates scheiden sich ebenfalls die Geister. So fordern liberale Kreise einen schwachen Staat, welcher wenig in die Marktwirtschaft eingreift. Ein Grundeinkommen soll die Auswüchse des Neoliberalismus abfedern, ohne dabei an der herrschenden sozio-ökonomischen Ordnung zu rütteln. Gemäss dieser Logik entlastet ein Grundeinkommen vor allem die Unternehmen und der Zwang zur Arbeitsaufnahme bleibt aufgrund eines tiefen Grundeinkommens weiterhin bestehen. Emanzipatorische und Egalitäre Modelle verfolgen das entgegengesetzte Ziel, nämlich Einkommen von Arbeit zu entkoppeln. Auch unter dem Begriff Freiheit wird Unterschiedliches verstanden. Im neoliberalen Sinn wird Freiheit vor allem mit der Freiheit des Marktes oder deren Teilnehmenden gleichgesetzt. Freiheit heisst in diesem Sinne, frei von staatlichen Regulierungen oder Sozialpolitischen Verpflichtungen handeln zu können. Egalitäre oder Emanzipatorische Bewegungen meinen mit Freiheit etwas anderes. Freiheit der einzelnen Individuen in ihrer Lebensgestaltung. Die Freiheit Nein zu sagen zu den Zwängen des Arbeitsmarktes. Insofern beinhaltet für sie das Grundeinkommen auch die Freiheit nichts zu tun.

## 4 Werte und Positionierungen in der Grundeinkommensdiskussion

---

Die im vorhergehenden Kapitel behandelten Grundeinkommensmodelle unterscheiden sich in ihrer Ausgestaltung sehr stark. Die Modelle werden sachlich und wissenschaftlich dargestellt und die jeweiligen Vorteile und Auswirkungen beschrieben. Jede Argumentation versucht dabei den Leser und die Leserin von deren Qualitäten zu überzeugen und wird als mögliche Lösung eines Problems präsentiert. Die Wahrnehmung des Problems oder der Probleme sind dabei sehr unterschiedlich und in den Argumentationen spiegeln sich unterschiedliche je individuelle und gesellschaftliche Werteorientierungen, Menschenbilder und Gerechtigkeitsvorstellungen. Diese prägen die Grundeinkommensmodelle und generell die ganze Grundeinkommensdebatte. Die Idee eines Grundeinkommens kann nämlich nicht wertefrei geführt werden. Ist es gerecht, dass alle ein Grundeinkommen bekommen? Würde der Mensch mit einem Grundeinkommen nicht automatisch faul werden? Würde die Leistungsbereitschaft abnehmen? Führt ein Grundeinkommen nicht zum Missbrauch? Diese und andere Fragen kommen im Zusammenhang mit der Grundeinkommensidee auf und sie widerspiegeln Werteorientierungen, Menschenbilder und Gerechtigkeitsvorstellungen. Diese sind bei der Betrachtung der Debatte freilich sehr wichtig und beeinflussen die Meinungsbildung. Ob jemand für oder gegen ein Grundeinkommen ist, hängt ganz stark mit diesen Punkten zusammen.

Diesen Aspekten widmet sich dieses Kapitel. Es geht der Frage nach, wie stark Werteorientierungen und Gerechtigkeitsvorstellungen die Grundeinkommensdiskussion beeinflussen. Der Deutsche Soziologe Michael Opielka hat sich im Rahmen einer empirischen Forschung mit den Fragen von Gerechtigkeit und Werten im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen auseinandergesetzt. Seine Erkenntnisse werden im ersten Teil des Kapitels vorgestellt.

Der zweite Teil widmet sich einigen ausgewählten Positionierungen zur schweizerischen Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“. Dabei werden die Positionierungen von Economiesuisse, verschiedenen Gewerkschaften und dem Verband Avenirsocial vorgestellt. Jeder dieser Verbände kommt aus unterschiedlichen Bereichen und verfolgt unterschiedliche Ziele.

## 4.1 Gerechtigkeit und Grundeinkommen

In Diskussionen über ein Grundeinkommen wird das Wort Gerechtigkeit gerne in den Mund genommen. Befürworter und Befürworterinnen wie auch Gegner und Gegnerinnen argumentieren gerne mit diesem Begriff. Ist ein Grundeinkommen gerecht oder eben genau nicht? Je nach Gerechtigkeitsvorstellung wird diese Frage unterschiedlich beantwortet. Dazu kommt noch, dass es unterschiedliche Typen von Gerechtigkeit gibt. Opielka beschreibt diese folgendermassen:

**1. Leistungsgerechtigkeit:** Der Wert der Leistung im liberalen Konzept. Es geht um Themen wie Selbstständigkeit, unternehmerische Haltungen, Risikobereitschaft und wirtschaftliche Ziele wie Effizienz und Innovation.

**2. Verteilungsgerechtigkeit:** Der Wert der Gleichheit im sozialistisch-sozialdemokratischen Konzept. Es geht um Chancengleichheit, Bekämpfung von Armut oder Reduzierung von Ungleichheit.

**3. Bedarfsgerechtigkeit:** Der Wert der Gemeinschaft im konservativen Konzept. Der Fokus liegt auf Themen wie die Stärkung moralischer Orientierungen, die Förderung von Familien und die Übernahme von Verantwortung.

**4. Teilhabegerechtigkeit:** Der Wert der Anerkennung im garantistischen Konzept. Es geht um gesellschaftliche Teilhabe. Um die Stärkung des Menschen.  
(vgl. Opielka, 2010, S. 64).

## 4.2 Werteorientierung und Grundeinkommen

Bevor Werteorientierungen mit dem Grundeinkommen in Verbindung gebracht werden können, muss zuerst geklärt werden, wie Werteorientierungen überhaupt entstehen. Werteorientierungen so Opielka (2010) gehen auf Deutungsmuster zurück. Deutungsmuster strukturieren den Wissensvorrat des Individuums, sie prägen die Wahrnehmung des Einzelnen und gliedern die wahrgenommene soziale Welt. Sie geben dem Individuum Orientierung, Identität und ermöglichen sein Handeln. Gleichzeitig binden sie individuelle Akteure und Akteurinnen lebensweltlich in kollektiv gebundene Strukturen (vgl. S. 41). Es kann also gesagt werden, dass Werte unser Handeln und Denken stark beeinflussen. Entscheidungen und Meinungsbildungen hängen mit unseren Werten zusammen, auch wenn wir uns dessen manchmal gar nicht bewusst sind.

Um die Werteorientierungen im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen zu analysieren hat Opielka Experteninterviews mit Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und Sozialer Arbeit geführt. Neben Einzelinterviews hat er auch Gruppendiskussionen mit Fokusgruppen aus den gleichen Bereichen gemacht. Mit diesem Material hat Opielka verschiedene Werte-

einstellungen zum Thema des bedingungslosen Grundeinkommens ausgearbeitet. Dabei sind drei zentrale Kategorien entstanden. Da es in jeder Gruppe Gegner und Befürworterinnen gab und die Aussagen zum grossen Teil ähnlich waren, wird der Einfachheit halber auf eine differenzierte Analyse der verschiedenen Vertreter und Vertreterinnen verzichtet.

### **1. Kategorie: Menschenbild**

In den Einzelinterviews sind Solidarität und Leistungsorientierung die dominanten Merkmale des Menschenbildes. Solidarität wird dabei stark mit Gegenleistung verbunden. Ein Grundeinkommen ohne Gegenleistung ist für viele nicht vorstellbar. Gegenleistung ist ein zentrales Element für die Teilhabe an der Gesellschaft und das eigene Selbstwertgefühl. Leistung wird dabei vor allem über die klassische Erwerbsarbeit definiert. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die meisten Interviewpartner und –partnerinnen den Menschen als egoistisch einstufen. Es überwiegt ein negatives Menschenbild. Es herrscht die Annahme, dass die Menschen das Grundeinkommen missbrauchen würden und nicht mehr arbeiten würden. Das Bild eines intrinsisch motivierten Menschen wird von den Wenigsten vertreten. Anhand dieser Argumentationen zeigt sich ein Bild, dass in den Augen vieler ein bedingungsloses Grundeinkommen zu Faulheit und Leistungszerfall führen würde (vgl. Opielka, 2010, S. 47-51).

In der Gruppendiskussion ist die Gegenleistung ebenfalls ein grosses Thema. Die Rolle der Arbeit wird von den Befürwortern und Befürworterinnen in Frage gestellt und sie nehmen Abschied von der Erwerbsarbeitzentriertheit. Für die Gegner und Gegnerinnen bleibt die Erwerbsarbeit weiterhin zentral für die Verteilungsgerechtigkeit und es fällt ihnen schwer sich Einkommen ohne Arbeitsleistung vorzustellen (vgl. Opielka, 2010, S. 125-130).

### **2. Kategorie: Operative Gerechtigkeit**

Der Fokus bei den Einzelinterviews liegt auf den Gerechtigkeitsvorstellungen der befragten Personen. Das Prinzip der Gegenleistung ist auch hier zentral. Die Subsidiarität des Sozialstaates ist ein weiterer wichtiger Punkt. Bevor der Staat dem Menschen hilft, soll er sich zuerst selber helfen. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens könnte in den Augen der Gegner und Gegnerinnen dazu führen, dass die Menschen den Sozialstaat ausnützen und eine Versorgungsmentalität entstehen würde. Es zeigt sich ein wertekonservativer Habitus. Sozialstaatsreformen oder die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen scheinen für viele unvorstellbar. Den meisten Wertevorstellungen liegt ein klassisches sozialliberales Gesellschaftsbild zugrunde. Es gilt das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Wer etwas vom Staat will, muss dafür eine Gegenleistung bringen. Die Auszahlung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde dagegen einem egalitären Gerechtigkeitsverständnis entsprechen. Was in den Augen der Gegner und Gegnerinnen eine Abschaffung des Subsidiaritätsprinzips wäre (vgl. Opielka, 2010, S. 51-60).

In der Gruppendiskussion argumentieren die Gegner und Gegnerinnen ähnlich. Ein Grundeinkommen ist ungerecht, da es an keine Arbeitsverpflichtung gebunden ist und so im Widerspruch zum Leistungsprinzip steht. Befürworter und Befürworterinnen empfinden das Grundeinkommen dagegen als gerecht, da es eine Chance für die wirtschaftliche Inklusion aller bietet, während die Arbeitsgesellschaft ungerecht ist, da sie Menschen ohne Arbeit exkludiert (vgl. Opielka, 2010, S. 136-138).

### **3. Kategorie: Politischer Vollzug**

Der Schwerpunkt dieser Kategorie liegt auf den verschiedenen Wertestrukturen bezüglich ordnungspolitischer Verteilungsfragen. Die Frage ist, wie ein guter Sozialstaat aussehen sollte. Dass die Schere zwischen Arm und Reich immer grösser wird bestreiten die Wenigsten. Dass der Sozialstaat dem entgegenwirken sollte befürworten die Meisten. Wie er das machen soll, da sind sie sich aber uneinig. Viele sehen Reformen im Bereich der Bildung oder mehr Unterstützung sozial Schwacher sinnvoller als die Einführung eines Grundeinkommens. Individuelle Transferleistungen im Rahmen der Subsidiarität werden einer universalistischen Verteilung an alle Gesellschaftsmitglieder vorgezogen. Die Arbeitslosigkeit und das Ende der Vollbeschäftigung sehen die meisten Interviewpartner und -partnerinnen als eines der grossen Probleme des Sozialstaates. Das Paradoxe daran ist, dass die Befragten sich einig sind, dass es immer weniger Arbeit gibt. Trotzdem klammert sich der Grossteil an das Prinzip der Erwerbsarbeit und fordert, dass der Sozialstaat den Schwachen helfen soll. Dies aber nur insoweit, dass der Anreiz zur Arbeitssuche und –aufnahme erhalten bleibt. Sozialstaatliche Hilfe soll daher nicht zu hoch ausfallen, da sonst der Anreiz zur Arbeit verringert wird. Ganz im Zeichen eines aktivierenden Sozialstaates (vgl. Opielka, 2010, S. 60-70).

In der Gruppendiskussion sind die Meinungen ähnlich. Befürworter und Befürworterinnen eines Grundeinkommens sehen die Aufgabe des Staates darin, allen eine Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen ohne ordnungspolitischen Auftrag. Gegner und Gegnerinnen dagegen fordern wie auch in den Einzelinterviews einen repressiven und aktivierenden Sozialstaat (vgl. Opielka, 2010, S. 138-139).

### 4.3 Wertematrix

Die wichtigsten Ergebnisse der Interviews und Gruppendiskussionen hat Opielka in einer Wertematrix dargestellt, welche sich zusammensetzt aus den Hypothesenkategorien und den vier verschiedenen Gerechtigkeitstypen.

Hypothesenkategorien Handlungsebenen	Menschenbild	Operative Gerechtigkeit	Politischer Vollzug
Level 1: <b>Leistungsgerechtigkeit</b>  (Liberal)	Nur aus eigener Leistung erzielte Einkommen befriedigen und wirken sozialintegrativ; Eigenverantwortung entsteht durch individuelle Leistungsorientierung; der Mensch ist von Natur aus faul / der Mensch will von sich aus leisten	Solidarität und Gemeinwohl entstehen durch Leistung und Gegenleistung; ein Grundeinkommen verhindert Leistung und führt zu Missbrauch / ein Grundeinkommen bietet optimale Leistungsanreize	Der Staat muss individuelle Leistungsanreize setzen und einfordern / das Grundeinkommen soll die Interessen meiner Gruppe bedienen
Level 2: <b>Verteilungsgerechtigkeit</b>  (Sozialistisch-sozialdemokratisch)	Subsidiarität entspricht der Natur des Menschen, ein Grundeinkommen hebt sie aus / ein Grundeinkommen ermöglicht erst Subsidiarität	Ein Grundeinkommen fördert die Ausnutzung des Sozialstaates; ein Grundeinkommen fördert Ungleichheit / ein Grundeinkommen ist Ausdruck politischer Gleichheit	Mehr staatliche Investitionen in soziale Dienste und Bildung anstelle eines Grundeinkommens / Ein Grundeinkommen trägt zur Umverteilung von oben nach unten bei
Level 3: <b>Bedarfsgerechtigkeit</b>  (Konservativ)	Ungleiches muss auch bei einem Grundeinkommen ungleich behandelt werden	Gerecht ist eine bedarfsgerechte und individuelle Verteilung; Gesellschaft nach dem Modell der Familie / ein Grundeinkommen ist Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität	Der Staat bzw. der Markt sorgt für eine bedarfsgerechte Verteilung / ein Grundeinkommen erfordert zusätzliche bedarfsorientierte Transferleistungen
Level 4: <b>Teilhabegerechtigkeit</b>  (Garantistisch)	Jeder Mensch will sich an der Gesellschaft beteiligen und benötigt immer wieder neue Chancen	Ein Grundeinkommen ist Ausdruck universeller Teilhabe	Ein Grundeinkommen muss als Grundrecht ausgestaltet werden

(Opielka (2010) S. 144).

Wie in der Matrix und im vorhergehenden Teil beschrieben, sind die Einstellungen und Aussagen der Interviewpartner und –partnerinnen zum Grundeinkommen sehr ambivalent und widersprüchlich. Die Auswirkungen bei einer Einführung eines Grundeinkommens sind nicht wirklich abzusehen. Individuell wahrgenommene Krisendiagnosen bestimmen dabei das Bild einer möglichen Grundeinkommensgesellschaft. Befürworter und Befürworterinnen der Idee sehen im Grundeinkommen eine Befreiung von Zwängen der Erwerbsgesellschaft und der Sozialverwaltung. Der Mensch wird freier und bekommt mehr Selbstverantwortung. Für die Gegner und Gegnerinnen dagegen zerstört das Grundeinkommen das Menschenbild des selbstbestimmten, freien, aktiven und leistungsorientierten Menschen. Die Leistungsgesellschaft würde auseinander brechen (vgl. Opielka, 2010, S 139-141).

Es zeigt sich, die Idee eines Grundeinkommens polarisiert und sie stellt grundsätzliche Fragen dazu, wie die Gesellschaft von morgen aussehen sollte. Dabei prallt sie mit verschiedenen Menschenbildern und Werteorientierungen zusammen. Um es mit den Worten Opielkas (2010) zu sagen: *„Die Einstellungen zu einem Grundeinkommen korrelieren mit grundlegenden Vorstellungen von Gerechtigkeit und Lebenssinn. Spannungen zwischen Arbeit und Familie, Risiko und Sicherheit, Individualität und Gemeinschaft, materiellen und postmateriell-expressiven Werten müssen balanciert werden.“* (S. 149).

## **4.4 Positionierungen zur Schweizer Grundeinkommensinitiative**

Als anfangs April 2012 die Schweizer Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ lanciert wurde, kam in der Schweiz viel Bewegung in die Grundeinkommensdiskussion. Plötzlich stand die Idee in den Zeitungen, wurde in den Nachrichten davon gesprochen und im Schweizer Fernsehen gab es sogar eine Arena Sendung zum Thema. Das breite Interesse der Öffentlichkeit sowie die Tatsache, dass die Unterschriften höchstwahrscheinlich zusammen kommen würden, führte dazu, dass viele wichtige Interessensgruppen Stellung zur Grundeinkommensinitiative bezogen. Diese Positionierungen haben direkten Einfluss auf die Meinungsbildung und den Ausgang der Abstimmung. Sie sagen auch viel über die jeweiligen Werteorientierungen aus. Im folgenden werden einige Positionierungen behandelt.

### **4.4.1 Positionierung von Economiesuisse**

Der einflussreichste Schweizer Wirtschaftsverband Economiesuisse fackelte nicht lange und veröffentlichte wenige Monate nach der Lancierung der Volksinitiative ein Positionspapier zur Grundeinkommensinitiative. Im zwölfseitigen Dossier wird auf die unvorhersehbaren Gefahren eines Grundeinkommens auf die Schweizer Wirtschaft und dessen Wohlstand hingewiesen. Economiesuisse lehnt die Einführung eines Grundeinkommens klar ab. Sie bezeichnet die Idee als Utopie, welche kaum zu finanzieren ist und dessen Auswirkungen einen massiven Rückgang der wirtschaftlichen Leistung sowie der Konkurrenzfähigkeit der Schweiz zur

Folge hätten. Ein enormer Wohlstandsverlust wäre die Folge. Der Fokus des Dossiers liegt dabei auf der Finanzierung eines Grundeinkommens, sowie dessen mögliche Auswirkungen auf das Bruttoinlandprodukt und den Wohlstand. Mit Werteorientierten Fragen setzt es sich nicht auseinander. Mittels eines einfachen makroökonomischen Modells berechnen sie die mögliche Finanzierung eines Grundeinkommens. Aufgrund eines Grundeinkommens könnten gewisse Sozialausgaben, allen voran im Bereich der AHV, IV, Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung, Familienzulagen sowie im Bereich der Subventionen gekürzt oder gestrichen werden. Eine völlige Streichung der sozialpolitischen Institutionen ist aber nicht möglich, da beispielsweise Ergänzungsleistungen oder der Bereich der Arbeitslosenunterstützung weiterhin von Bedeutung sein werden. Das von Economiesuisse berechnete Sparpotenzial liegt bei etwa 60 Milliarden Franken. Da für die Finanzierung eines Grundeinkommens gegen 200 Milliarden Franken notwendig sind, bleibt eine grosse Finanzierungslücke übrig. Als mögliche Finanzierungsformen wird eine drastische Mehrwertsteuererhöhung auf 50 % und eine Erhöhung der Einkommenssteuer in Betracht gezogen. Andere Finanzierungsformen, beispielsweise auf Kapitaltransaktionen, Vermögen, Erbschaften etc. werden nicht berücksichtigt. Die drastischen Steuererhöhungen hätten unvorhersehbare Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. Economiesuisse skizziert dramatische Folgen wie einen Rückgang des Bruttoinlandprodukts um 17 %, einen starken Rückgang des Kapitalstocks sowie der geleisteten Arbeitsstunden. Das Grundeinkommen wird als Gefahr für den Wirtschaftsstandort Schweiz gesehen und Widerstand seitens von Economiesuisse ist garantiert (vgl. Economiesuisse, 2012, S. 1-13).

#### **4.4.2 Positionierung der Schweizer Gewerkschaften**

Die Grundeinkommensidee wirft grundsätzliche Fragen zur Rolle der Erwerbsarbeit auf. Ein Feld, in welchem sich die Gewerkschaften seit langer Zeit bewegen, indem sie für faire Löhne, sichere Arbeitsbedingungen oder Arbeitszeitverkürzungen kämpfen. In den letzten Jahren hat die Idee eines Grundeinkommens auch bei Gewerkschaften Einzug gehalten und das Thema wird teils sehr kontrovers diskutiert. Die Initiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ hat dabei Bewegung in die Diskussion gebracht und die Gewerkschaften in der Schweiz haben Stellung dazu genommen. Die meisten Gewerkschaften haben eine geteilte Meinung zum Grundeinkommen. Übereinstimmung herrscht bei der Tatsache, dass durch die Prekarisierung des Arbeitsmarktes, der steigenden Arbeitslosenzahlen und der damit verbundenen Steigerung der Armut und der Unterstützungsbedürftigen neue Wege der Sozialen Sicherheit zu gehen sind. Die Gewerkschaften kämpfen dabei an vorderster Front gegen die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Massenarbeitslosigkeit wie sie in Kapitel zwei beschrieben wurde.



Unterstützung erhält die Grundeinkommensinitiative von Seiten der branchenübergreifenden Gewerkschaft SYNA. Sie hat bereits an ihrem Kongress im Jahr 2010 beschlossen, die Vision eines Grundeinkommens zu unterstützen. Das Grundeinkommen sieht sie als Chance für die Arbeitnehmenden. Durch eine existenzsichernde Höhe schafft das Grundeinkommen eine echte Einkommenssicherheit und bringt den Arbeitnehmenden mehr Verhandlungsmacht. Vor allem schlecht bezahlte Arbeit werde durch ein Grundeinkommen aufgewertet und müsste zukünftig besser bezahlt werden (vgl. SYNA, 2010).

Der Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) positioniert sich nicht klar für oder gegen ein Grundeinkommen, da die Ausgestaltung des Vorschlages sehr widersprüchlich ist. Sie teilen die Ansicht, dass ein Grundeinkommen in genügender Höhe die Stellung der Arbeitnehmenden stärken würde und ein effektives Mittel zur Armutsbekämpfung ist. Skepsis herrscht dagegen wenn die Höhe des Grundeinkommens nicht existenzsichernd wäre. In diesem Fall würde das Grundeinkommen zum Bumerang werden. Sie kritisieren: *„Das BGE setzt nicht bei den Verhältnissen in der Arbeitswelt an, bei Löhnen, Arbeitszeiten, demokratischen Rechten am Arbeitsplatz, sondern bei der individuellen Existenzsicherung.“* (VPOD, o. J.). Ein weiterer Kritikpunkt ist der Vorschlag des Initiativkomitees, das Grundeinkommen über eine Mehrwertsteuer zu finanzieren. In den Augen des VPOD ist die Mehrwertsteuer eine asoziale Steuer ganz im Sinne liberaler und rechter Kreise. Ginge es nach dem VPOD müsste die Finanzierung über eine Umverteilung von oben nach unten geschehen. Der VPOD hält sich daher bei der Grundeinkommensinitiative zurück und wird weiterhin für Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzungen und Verbesserungen der Sozialsysteme kämpfen (vgl. VPOD, o. J.).

Der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) Daniel Lampart geht mit der Grundeinkommensinitiative hart ins Gericht. Für ihn ist ein Grundeinkommen von 2'500 Franken, wie es die Initiative fordert, nicht hoch genug und die Finanzierung für die Gesellschaft zu teuer. Ein Grundeinkommen in dieser Höhe würde den Druck zur Arbeitsaufnahme nicht verringern sondern bloss die Lohnkosten der Unternehmen senken (vgl. Lampart, 2011). Er kritisiert den neoliberalen Charakter der Grundeinkommensidee, welche die heutigen Sozialversicherungen aushöhlen will und vor allem den Unternehmen zu gute kommen soll. Lampart (2012) befürchtet, dass: *„Unter den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen ist die Gefahr sehr gross, dass ein Grundeinkommen zu starkem Sozialabbau führt. Würde ein Grundeinkommen eingeführt, würden die staatlichen Sozialleistungen wohl auf ein Minimum reduziert. Die Vorsorge wäre vermehrt individuell und privat.“* Die Finanzierung über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kritisiert er wie auch bereits der VPOD. Eine Mehrwertsteuerfinanzierung würde zu einer Umverteilung von unten nach oben führen und die Schwarzarbeit würde angesichts hoher Steuersätze florieren, was wiederum die Finanzie-

rung erschweren würde. Aus diesem Grund lehnt Lampart im Namen der SGB das Grundeinkommen ab. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wird sich weiterhin auf gewerkschaftliche Arbeit wie die Forderung nach Mindestlöhnen, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Umverteilung von oben nach unten und gerecht finanzierte Sozialversicherungen konzentrieren (vgl. Lampart, 2012).

#### **4.4.3 Positionierung von AvenirSocial**

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens hätte starke Veränderungen des Sozialstaates zur Folge und würde insofern auch Einfluss auf die Soziale Arbeit nehmen. Angesichts dessen ist es für die Profession Soziale Arbeit wichtig in der Grundeinkommensdiskussion Position zu beziehen. Aufgrund der inzwischen zustande gekommenen Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen, arbeitet der Dachverband der Sozialarbeitenden AvenirSocial zurzeit an einem Positionspapier, welches aber noch nicht veröffentlicht wurde. Das Einzige was sich bis anhin finden lässt ist ein kurzes Statement auf der Homepage von AvenirSocial, welches folgendes aussagt: *„Das garantierte Grundeinkommen ist eine Real-Utopie, welche von AvenirSocial mitgetragen wird. Die vorliegende Initiative hat den Charakter einer mutigen politischen Vision. Aus Sicht der Sozialen Arbeit werden wichtige Problemfelder aufgegriffen und optionale Strategien zu deren Lösung aufgezeigt. Somit trifft die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen die Herzen der Sozialarbeitenden, jedoch ohne Chancen zur Realisierung im aktuellen politischen Kontext. Der Vorstand von AvenirSocial Schweiz stellt sich hinter die politische Idee und wäre bereit, an der Realisierung mitzuwirken.“* (AvenirSocial.ch, 2013).

#### **4.5 Fazit**

Werteorientierungen und Gerechtigkeitsvorstellungen spielen in der Grundeinkommensdiskussion eine entscheidende Rolle. Sie bestimmen die Meinungsbildung massgeblich. In einer von leistungsethischen Werten geprägten Gesellschaft findet die Grundeinkommensidee nur wenig Befürworter und Befürworterinnen. Zu stark werden die Prinzipien von Leistung und Gegenleistung gewichtet und zu stark dominiert ein misstrauisches, negatives Menschenbild. Verfechter und Verfechterinnen des Grundeinkommens sprechen von Freiheit, Emanzipation oder von Teilhabegerechtigkeit für alle. Damit dies aber möglich wird, braucht es zuerst eine Emanzipation der Werte. Es braucht Vertrauen in die Menschen und in die Gesellschaft. Die Grundeinkommensdiskussion kann sich nicht nur mit Fragen der Arbeit und der Finanzierbarkeit beschäftigen. Viel wichtiger ist die Auseinandersetzung mit den eigenen Werten. Solange ein Grundeinkommen in den Köpfen nicht denkbar ist, so lange ist es auch nicht finanzierbar. Ohne positives Menschenbild und Vertrauen in die Menschen ist das Grundeinkommen nichts weiter als illusorische, naive Utopie.

## 5 Bedingungsloses Grundeinkommen und Soziale Arbeit

---

Die Krise der Arbeitsgesellschaft und die damit verbundene Krise des Sozialstaates haben der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens Auftrieb gegeben. Der Ruf nach Reformen des Sozialstaates oder des Wirtschaftssektors wird immer grösser und das bedingungslose Grundeinkommen ist einer vieler Vorschläge, durch welchen sich die Befürworter und Befürworterinnen eine Verbesserung der Situation erhoffen. Soziale Arbeit ist eine wichtige Akteurin im Sozialstaat. Sie arbeitet an der Basis mit den Klienten und Klientinnen, den Sozialstaatsabhängigen. Gleichzeitig hat sie Einfluss auf die Strukturen und gestaltet Sozialpolitik aktiv mit. Der Sozialstaat ist ihr Geldgeber und beeinflusst dadurch die Arbeit an der Basis stark. Jede Reform des Sozialstaates bewirkt früher oder später Reformen in der Sozialen Arbeit. Soziale Arbeit muss sich immer wieder den Vorgaben anpassen und Beschlüsse, welche oft von Vertretern und Vertreterinnen aus Politik und Wirtschaft getroffen werden, durchführen.

Die Idee und der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens entsprechen einer radikalen Veränderung des Sozialstaates. Bei dieser Diskussion stellt sich für die Soziale Arbeit natürlich die Frage, was für Auswirkungen die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Soziale Arbeit haben kann. Braucht es in einer Grundeinkommensgesellschaft Soziale Arbeit überhaupt noch? Welche Angebote oder Handlungsfelder der Sozialen Arbeit sind dann noch nötig? Keine leicht zu beantwortenden Fragen, vor allem angesichts der sehr unterschiedlichen Grundeinkommensvorschläge und -modelle. Die Vorstellungen und das Verständnis des Sozialstaates oder von Sozialer Arbeit sind so verschieden wie die Vorschläge selber. Die Suche nach abschliessenden Antworten ist schwierig und genaue Prognosen zu stellen unmöglich.

Als Abschluss der Arbeit versucht das letzte Kapitel mögliche Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Soziale Arbeit und ihre Handlungsfelder zu skizzieren. Als erstes wird Soziale Arbeit und dessen gesellschaftliche Funktion vorgestellt. Anschliessend wird ein Grundeinkommensmodell entworfen, welches als Grundlage dient um die Frage der möglichen Auswirkungen auf die Soziale Arbeit und deren Handlungsfelder zu beantworten. Zum Schluss wird noch kurz auf mögliche Veränderungen des Individuums und der Gesellschaft eingegangen.

## 5.1 Soziale Arbeit

Die Definitionen und Beschreibungen der Sozialen Arbeit sind in etwa so breit wie ihre unterschiedlichen Aufgaben- und Tätigkeitsfelder. Die internationale Dachorganisation der Berufsverbände Sozialer Arbeit (IFSW) definiert Soziale Arbeit so: *„Die Profession Soziale Arbeit fördert den sozialen Wandel, Problemlösungen in menschlichen Beziehungen sowie die Ermächtigung und Befreiung von Menschen, um ihr Wohlbefinden zu heben. Unter Nutzung von Theorien menschlichen Verhaltens und sozialer Systeme vermittelt Soziale Arbeit am Punkt, wo Menschen und ihre sozialen Umfelder aufeinander einwirken. Dabei sind die Prinzipien der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit für die Soziale Arbeit fundamental.“* (IFSW – International Federation of Social Workers, 2000). Aufbauend auf diesen Prinzipien gelten für die Soziale Arbeit in der Arbeit mit Menschen die Grundsätze der Selbstbestimmung, Partizipation, Integration, Ermächtigung und der Gewährung von Chancengleichheit. Soziale Arbeit verfolgt das Ziel der sozialen Integration benachteiligter Gruppen. Sie unterstützt Menschen in Notlagen und strebt nach Lösungen sozialer Probleme (vgl. AvenirSocial, 2010, S. 6-9).

Soziale Arbeit übernimmt wichtige gesellschaftliche Aufgaben und Funktionen. Für Heiner (2010) ist: *„Die gesellschaftliche Funktion der Sozialen Arbeit eine intermediäre: Sie tritt vermittelnd zwischen Individuum und Gesellschaft mit dem Ziel, ein besseres Verhältnis der Menschen zu ihrer näheren und fernerer sozialen Umwelt zu erreichen.“* (S. 101). Dabei gehört sie zu den ausführenden Organen des Sozialstaates. Soziale Arbeit ist ein Teil des sozialstaatlichen Dienstleistungssystems. Sozialpolitische Entscheidungen, wie z.B. in welchem Tätigkeitsfeld Mittel gesprochen werden und welche Lebensumstände als unterstützungswürdig gelten, beeinflussen ihre Arbeit stark. Gleichzeitig stimmen sozialpolitische Ziele nicht zwingend mit den Zielen der Sozialen Arbeit überein. Während für die Soziale Arbeit die Ziele der Sozialen Integration und der Unterstützung von Menschen in Notlagen Priorität hat, verfolgen Sozialstaatliche Programme eher das Ziel, die Handlungsfähigkeit der Individuen den Bedürfnissen und Regeln der verschiedenen Märkte anzupassen und die Leute insofern zu fördern, dass sie diesen Marktregeln gerecht werden. Sprich, dass die Menschen selber für Ihr Leben aufkommen und sich für die Anforderungen des Marktes (Bsp. Arbeitsmarkt) qualifizieren (vgl. Heiner, 2010, S. 53ff). *„Ziel der Interventionen Sozialer Arbeit ist es, die Lebenslage der KlientInnen zu verbessern. Dabei dienen diese Interventionen zugleich der Gewährleistung gesellschaftlicher Normalzustände, sodass die meisten Hilfen zugleich auch Elemente von Kontrolle enthalten.“* (Heiner, 2010, S. 102).

Das Spannungsfeld von Hilfe und Kontrolle ist eines der grossen Dilemmata der Sozialen Arbeit. Sozialstaatliche Leistungen sind meistens an eine Bedingung geknüpft und so sind Arbeitende der Sozialen Arbeit neben der Arbeit am Hilfsprozess auch immer in einer kon-

trollierenden Funktion. Sie stehen zudem im Spannungsverhältnis zwischen Allgemeinwohl und Klientenwohl, wo es abzuschätzen gilt, ob eine Leistung wirklich gerechtfertigt ist, oder ob entweder das Allgemeinwohl oder das Klientenwohl darunter leidet. Das Spannungsfeld der Fremd- vs. Selbstbestimmung bildet ein weiteres Dilemma. Selbstbestimmung und Partizipation sind Grundhaltungen der Sozialen Arbeit, trotzdem müssen Sozialarbeitende in Ihrer Arbeit oft über Belange Ihres Klientels bestimmen (vgl. Heiner, 2010, S. 178ff).

## 5.2 Mögliches Grundeinkommensmodell

Die Einführung eines Grundeinkommens hätte grosse Veränderungen des Sozialstaates und der Sozialen Arbeit zur Folge. Angesichts der unterschiedlichen Modelle ist es schwierig Auswirkungen und Konsequenzen eines Grundeinkommens genau vorherzusagen. Es können vor allem Annahmen getroffen werden. Die Frage stellt sich, welche Position vertritt Soziale Arbeit in der Grundeinkommensdiskussion? Ist sie dafür oder dagegen? Was für ein Modell unterstützt sie? Und was für Auswirkungen hätte ein Grundeinkommen auf Soziale Arbeit? Der Dachverband der Sozialarbeitenden AvenirSocial begrüsst die Grundeinkommensidee und wäre bereit bei der Realisierung mitzuwirken (vgl. 4.4.3). Wie genau das Modell aussehen sollte, dazu macht AvenirSocial keine Aussage. Die Ausgestaltung des Modells ist für das Ausarbeiten von möglichen Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Soziale Arbeit aber essentiell. Je nach Grundeinkommensmodell sind die Auswirkungen unterschiedlich und je nachdem muss die Positionierung der Sozialen Arbeit unterschiedlich sein.

Für den Autor dieser Arbeit hängt ein dafür oder dagegen mit der Ausgestaltung des Grundeinkommensvorschlages zusammen. Welches Ziel und welche Motivation ein Grundeinkommen beinhaltet ist wichtig. Verfolgt ein Grundeinkommen starke liberale Züge, indem es beispielweise den Sozialstaat radikal abbaut, Unternehmen subventioniert oder die Arbeitnehmenden die Hauptlast der Finanzierung tragen, gilt es dies zu verhindern. Ermöglicht ein Grundeinkommen dagegen Partizipation, Selbstbestimmung oder Chancengleichheit, indem es Leute befähigt an der Gesellschaft teilzunehmen, unabhängig ob sie erwerbstätig sind oder nicht und die Finanzierung gleichzeitig realistisch ist, erscheint der Vorschlag sehr plausibel.

Bevor also mögliche Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Soziale Arbeit skizziert werden können, muss zuerst die Form wie dieses Grundeinkommen aussehen sollte, geklärt werden.

Der Autor dieser Arbeit favorisiert ein Grundeinkommensmodell, welches sich an den Prinzipien, Grundsätzen und Zielen Sozialer Arbeit orientiert. Wie bereits erwähnt sind einige der Ziele Sozialer Arbeit die Soziale Integration sowie die Bekämpfung Sozialer Probleme. Diese stützen sich auf den Grundsätzen der Gewährung von Chancengleichheit, Selbstbestimmung, Partizipation, Integration und Ermächtigung (vgl. AvenirSocial, 2010, S. 6-9). Armut gilt als Soziales Problem und kann dazu führen, dass Menschen aus gewissen Bereichen ausgeschlossen werden oder nur erschwert Zugang haben (Bsp. Kulturelle Teilhabe, Zugang zu Ausbildungen etc.). Ein Grundeinkommen, dessen Höhe existenzsichernd ist und klar über der Armutsgrenze liegt, kann der Armut entgegenwirken und Partizipation und Integration ermöglichen. Dadurch, dass ein Grundeinkommen allen Gesellschaftsmitgliedern bedingungslos ausbezahlt wird, sorgt es für mehr Chancengleichheit, indem ein Jeder und eine Jede Anrecht darauf hat. Die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens ermächtigt die Menschen und sie können selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden. Der Zwang zur Erwerbsarbeit oder der Zwang der Bedürftigkeitsprüfung entfällt. Die Bedingungslosigkeit und der Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung helfen der Stigmatisierung von Sozialleistungsempfängern und -empfängerinnen entgegenzuwirken. Das Stigma des Schmarotzers verliert an Bedeutung, da plötzlich alle einen Teil des Kuchens bekommen. Bei der Finanzierung des Grundeinkommens sollen Grundsätze der Chancengleichheit und Partizipation auch gelten, indem alle Bezüger- und Bezügerinnen ihren Teil beitragen. Eine Finanzierung bloss über Mehrwertsteuern oder Einheitssteuersätze wäre angesichts der unterschiedlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht gerecht. Soziale Gerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit ist mit einem Grundeinkommen alleine nämlich nicht erreicht. So ist es auch sinnvoll, wenn vermögende und Einkommensstarke Gruppen mehr zur Finanzierung beitragen als ärmere Schichten. Eine Steuerpolitik im Sinne einer stärkeren Umverteilung des Kapitals ist nicht nur linke Ideologie, sondern ein wichtiger Bestandteil für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft und der Sicherung und Förderung des Sozialen Friedens. Der Sozialstaat würde durch die Einführung eines Grundeinkommens insofern verändert werden, dass Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung oder die Invalidenversicherung zu einem grossen Teil durch das Grundeinkommen ersetzt würde. Der Anspruch auf Ergänzungsleistungen bei Mehraufwand (Bsp. Behinderung) würde bestehen bleiben. Das Grundeinkommen sollte freilich kein Ersatz für den Sozialstaat oder von sozialstaatlichen Eingriffen sein. Den Sozialstaat braucht es auch mit Grundeinkommen. Neben finanzieller Unterstützung Einzelner übernimmt der Sozialstaat viele andere wichtige Aufgaben wie die Sicherstellung eines intakten Gesundheitswesens, die Unterstützung von Einrichtungen wie Wohnheimen, Psychiatrien, Beratungsstellen, Opferhilfen, Präventionsprogrammen oder politische Eingriffe zum Schutze der Arbeitnehmenden.

## **5.3 Hypothetische Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Handlungsfelder Sozialer Arbeit**

Aufbauend auf diesem Grundeinkommensmodell werden im weiteren einige Handlungsfelder Sozialer Arbeit beschrieben und der Autor der Arbeit skizziert Auswirkungen, welche die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die jeweiligen Handlungsfelder haben könnte. Bei den Handlungsfeldern stützt sich der Autor auf ein Grundsatzdokument des Österreichischen Berufsverbandes diplomierter Sozialarbeiter und –Arbeiterinnen (OBDS) aus dem Jahre 2004.

### **5.3.1 Handlungsfeld 1: Kinder, Jugendliche, Familien**

Zielgruppe in diesem Feld sind Kinder und Jugendliche sowie Familien, welche sich in schwierigen Situationen befinden. Diese können unterschiedlicher Natur sein, ökonomisch prekäre Verhältnisse, Schwierigkeiten in der Schule/Lehre, Missbrauch/Gewalt, psychosomatische Krankheiten, Verhaltensauffälligkeiten, Entwicklungsstörungen, Trennung etc..

Die Hilfe der Sozialen Arbeit zielt dabei in erster Linie auf den Schutz der Betroffenen, eine Verbesserung der Lebenslage sowie der Förderung einer positiven Entwicklung.

Beispiele Sozialer Einrichtungen sind: Jugendamt, Schulsozialarbeit, Familienberatungsstellen, Sozialpädagogische Familienhilfe, Wohngemeinschaften – betreutes Wohnen, Kinderkrippen, Kinderschutzzentren, Jugendzentren, aufsuchende Jugendarbeit, Frauenhäuser, Streetwork etc. (vgl. OBDS, 2004, S. 3,4).

#### **Mögliche Auswirkungen eines Grundeinkommens**

In diesem Handlungsfeld hätte die Einführung eines Grundeinkommens wahrscheinlich wenig direkte Auswirkung. Schwierigkeiten in der Familie und im Lebensabschnitt der Kindheit und Jugend werden weiterhin bestehen. Beziehungsprobleme, Trennungen, Schwierigkeiten in der Schule verschwinden nicht einfach durch ein Grundeinkommen. Es ist allerdings möglich, dass ein existenzsicherndes Grundeinkommen den ökonomischen Druck, welcher oft auf Familien lastet, verringert und dies in gewissen Situationen deeskalierend wirken kann. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, dass durch ein Grundeinkommen sich die Eltern vermehrt der Kindererziehung widmen und sich dies einerseits positiv auf die Beziehung auswirkt, und andererseits weniger Kinder fremdbetreut werden müssten. In einer Grundeinkommengesellschaft, in welcher Erwerbsarbeit nicht das zentrale Verteilungsinstrument ist, ist es möglich, dass sich die Berufs- und Bildungswelt stark verändert. Bildung könnte sich insofern verändern, dass die einseitige Ausrichtung von Bildung als Reproduktionsstätte von Arbeitskräften, sich vermehrt darauf konzentriert Kinder und Jugendliche zu mündigen, solidaren und verantwortlichen Individuen zu erziehen. In diesem Bereich könnte Soziale

Arbeit mit den Bildungsinstitutionen zusammenarbeiten und Angebote wie beispielsweise Umwelt- oder Naturpädagogik, sowie Begegnungswochen mit Kulturen, Menschen etc. anbieten.

### **5.3.2 Handlungsfeld 2: Materielle Absicherung**

*„Diese Form der Sozialarbeit richtet sich an erwachsene Personen, die von materiellen Not-situationen betroffen oder unmittelbar bedroht sind. Leitziel ist die Wiederbefähigung der Klienten zur selbständigen Absicherung von Wohnung und Einkommen. Daraus ergeben sich die Ziele: Klärung finanzieller Ansprüche, zweckmäßiger Umgang mit eigenen Ressourcen, Schuldenregelung, Befähigung zu selbständigem Wohnen, Unterstützung durch Übergangswohnmöglichkeiten.“* (OBDS, 2004, S. 6). Diese Arbeit ist das Kerngeschäft der Sozialhilfe respektive des Sozialamtes. Sozialarbeitende versuchen mit dem Klientel Lösungsschritte zu erarbeiten, sie klären verschiedene existenziell wichtige Fragen, vermitteln zwischen den verschiedenen Stellen und nicht zuletzt prüfen und kontrollieren sie, ob ein Rechtsanspruch auf Leistungen besteht (vgl. OBDS, 2004, S. 6).

#### **Mögliche Auswirkungen eines Grundeinkommens**

Bei der Einführung eines Grundeinkommens kann davon ausgegangen werden, dass dieses Handlungsfeld stark abgebaut respektive umgebaut werden würde. Sozialhilfe in der anhin bekannten Form würde durch ein Grundeinkommen ersetzt. Das Grundeinkommen sorgt für die materielle Grundsicherung und wird bedingungslos ausbezahlt. Der Grossteil des Kontroll- und Klärungsaufwand würde dadurch verschwinden. Es wäre denkbar, dass die Sozialämter mehr zu Beratungszentren werden. Niedrigschwellige Beratungsangebote, welche sich mit finanziellen Themen beschäftigen (Bsp. Schuldenberatung), welche die Menschen ohne Stigmatisierung besuchen könnten. Menschen, welche aufgrund einer Krankheit oder einer Beeinträchtigung Kosten haben, die über das Grundeinkommen hinausreichen und mehr Leistungen benötigen, hätten die Möglichkeit, bei diesen Beratungszentren Gesuche für Ergänzungsleistungen zu stellen. Diese würden dann dort geprüft und allfällige Mittel gesprochen.



### **5.3.3 Handlungsfeld 3: Gesundheit**

In diesem Handlungsfeld richtet sich die Unterstützung der Sozialen Arbeit an Menschen mit Beeinträchtigung (geistiger, körperlicher oder psychischer Art), an Patienten und Patientinnen in Psychiatrischen Kliniken und teilweise in Krankenhäusern oder an Menschen mit Suchtproblemen. Die Hilfe richtet sich dabei an die Betroffenen selber, wie auch an deren nächste Angehörige. Die Arbeit der Sozialarbeitenden verfolgt die Ziele der Verbesserung der jeweiligen Situationen der Betroffenen wie auch der Angehörigen, Hilfe zur möglichst eigenständigen Lebensbewältigung sowie eine Ein- und/oder Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Sozialarbeitende sind in stationären Einrichtungen (Psychiatrien, Wohnheime, Krankenhäuser etc) wie auch in extramularen Einrichtungen (Tageskliniken, ambulant betreuten Wohnformen, Therapiewerkstätten, Ateliers etc.) tätig. Dabei arbeiten sie interdisziplinär mit den verschiedensten Stellen (Ärzte, Pflegepersonal, Ämter etc.) zusammen (vgl. OBDS, 2004, S. 6,7).

#### **Mögliche Auswirkungen eines Grundeinkommens**

Ein Grundeinkommen ändert nichts an der Tatsache, dass Menschen mit Beeinträchtigung, psychischen Erkrankungen oder Suchtproblemen weiterhin auf professionelle Hilfe von Sozialarbeitenden angewiesen sind. Viele Bereiche werden daher auch mit der Einführung eines Grundeinkommens weiterbestehen. Es ist aber möglich, dass diese Dienstleistungen von Betroffenen weniger in Anspruch genommen werden, da dessen Angehörige, welche durch ein Grundeinkommen weniger erwerbseinkommensabhängig sind, über mehr Autonomie verfügen und dadurch allenfalls vermehrt die Betreuung übernehmen. Im Bereich der Betreuung und der Tagesstruktur mit alltagsnahen Beschäftigungen ist es auch möglich, dass Freiwilligenarbeit zunimmt und diese professionelle Hilfe teilweise verdrängt. Da Menschen in solchen Situationen oft nicht selber für Ihren Lebensunterhalt aufkommen können und die Unterbringung in stationären Bereichen sehr kostspielig ist, ist es von grosser Wichtigkeit, dass für diese Menschen neben dem Grundeinkommen auch Ergänzungsleistungen gesprochen werden und Institutionen von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die psychischen Erkrankungen lassen sich schwierig abschätzen. Die finanzielle Absicherung, sowie die Veränderungen der Arbeitswelt könnten sich positiv auf die Zahl der psychischen Erkrankungen wie Depressionen, Burnouts etc. auswirken. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass es Menschen gibt, bei denen ein Grundeinkommen zu Orientierungslosigkeit oder Sinnkrisen führt, da sie zuerst lernen müssen mit den neuen Möglichkeiten umzugehen. In beiden Fällen kann Soziale Arbeit Unterstützung bieten.

### **5.3.4 Handlungsfeld 4: Beruf und Bildung**

Dieses Handlungsfeld beinhaltet vor allem die Arbeit mit Arbeitslosen oder Menschen, die Mühe haben im ersten Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Es gibt unterschiedliche Arbeitsmarktprojekte wie zum Beispiel der zweite Arbeitsmarkt, Arbeitstrainings, Wiedereingliederungsmassnahmen, Umschulungen, Brückenprogramme, Bewerbungstrainings, Unterstützung bei der Stellensuche etc.. Ziel dieser Projekte ist es arbeitslose Jugendliche oder Erwachsene in den primären oder sekundären Arbeitsmarkt zu integrieren. Neben den Sozialarbeitenden arbeiten in den Programmen auch Fachkräfte mit unterschiedlichen Qualifikationen (Bsp. Lehrpersonal, Berufsberater und –beraterinnen etc.) (vgl. OBDS, 2004, S. 8).

#### **Mögliche Auswirkungen eines Grundeinkommens**

Dieser Bereich, welcher im zweiten Kapitel mit dem aktivierenden Sozialstaat in Verbindung gebracht wurde und welchem ein starkes Kontroll- und Aktivierungsparadigma innewohnt, würde durch ein Grundeinkommen stark verändert. Die Leistungen der Arbeitslosenkasse und der Sozialhilfe würden zum grössten Teil durch das Grundeinkommen ersetzt werden. Diese Leistungen sind bis anhin mit dem Zwang und der Bedingung verbunden, dass Menschen sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen müssen und alles Mögliche unternehmen sollen, um sich in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt zu integrieren. Sozialarbeitende in diesem Bereich sind daher neben der Unterstützung und der Motivierung des Klientels einem starken Kontroll- und Disziplinierungsauftrag unterstellt. Ein Grundeinkommen würde diesem Auftrag den Boden unter den Füßen wegziehen, da durch dessen existenzsichernde Höhe der Zwang zur (Erwerbs-)Arbeit wegfallen würde. Dies würde die Programme auf eine andere Stufe stellen. Die Programme wären für die Betroffenen kein Zwang mehr, sondern sie könnten in einer niedrigschwelligen und freiwilligen Form angeboten werden. Es kann nämlich davon ausgegangen werden, dass die Menschen trotz Grundeinkommen ein Interesse an Erwerbsarbeit haben und dass es Personen gibt, die bei der Stellensuche oder beim Berufswunsch gerne auf professionelle Hilfe zurückgreifen. Sozialarbeitende in diesem Bereich könnten sich dann auf Ihre Kernaufgabe - der Unterstützung Hilfesuchender - konzentrieren und müssten nicht kontrollierend und sanktionierend in die Lebenswelten der Klienten und Klientinnen eingreifen. Für die Betroffenen selber wäre der Gang aufs Arbeitsamt oder in die Beschäftigungs- und Wiedereingliederungsmassnahmen nicht mehr mit Stigmatisierung und Zwang verbunden. Ein Grundeinkommen würde auch die Arbeitswelt verändern. Es kann davon ausgegangen werden, dass vermehrt Teilzeit gearbeitet würde. Dies würde einerseits die Arbeitslosigkeit bekämpfen und andererseits den Druck auf die Arbeitnehmenden verringern. Der Stress der Arbeitswelt, verbunden mit psychischen Belastungen oder Burnouts würde abnehmen und dementsprechend auch die Zahl der Betroffenen.

### 5.3.5 Handlungsfeld 5: Migration und Integration

In jeder Gesellschaft leben Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund. Zielgruppen Sozialer Arbeit sind Flüchtlinge, Asylbewerber und –bewerberinnen, Gastarbeiter und –arbeiterinnen, arbeitslose Ausländer und Ausländerinnen oder Sans-Papiers. *„Wesentliches Ziel ist die Beratung und Hilfe, sowie die Unterstützung bei der Integration.“* (OBDS, 2004, S. 9). Die Aufgaben der Sozialen Arbeit beinhalten die Beratung in rechtlichen und behördlichen Angelegenheiten, die Hilfe bei der materiellen Absicherung und der Arbeits- und Wohnungssuche, Unterstützung bei der Überwindung sprachlicher und kultureller Barrieren, der Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten und vielem mehr. Sozialarbeiter und –arbeiterinnen sind dabei in verschiedenen Einrichtungen tätig, wie zum Beispiel Asylzentren, Flüchtlingsberatungsstellen, Integrationsbüros, Quartierbüros, Beratungszentren für Migranten und Migrantinnen, Solidaritätshäusern etc. (vgl. OBDS, 2004, S. 9).

#### Mögliche Auswirkungen eines Grundeinkommens

Die Einführung eines Grundeinkommens würde an den Aufgaben und dem Auftrag der Sozialen Arbeit grundsätzlich nichts verändern. In multikulturellen Gesellschaften ist die Integration sowie ein friedliches und tolerantes Zusammenleben der Kulturen sehr erstrebenswert und die Aufgaben der Sozialen Arbeit wichtig und nötig. Der Österreichische Berufsverband diplomierter SozialarbeiterInnen (OBDS) beschreibt Integration als andauernden Prozess. *„Die Chancen und Grenzen der Integration werden bestimmt von den Fremden selbst, von den Inländern und den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen, den Gesetzen, Verordnungen und ihrer Handhabe. Gleichberechtigung, Chancengleichheit und kultureller Pluralismus sind entscheidende Parameter, wobei hier wiederum die Bereiche Arbeit, Wohnen, Gesundheitswesen, rechtliche und soziale Absicherung, zivile und politische Rechte zu nennen wären.“* (2004, S. 10). Dies bedeutet auch, dass jeder und jede Person, welche eine Aufenthaltsbewilligung besitzt und sich legal im Land aufhält ein Anrecht auf ein Grundeinkommen haben sollte. Angesichts dessen haben nicht nur populistische Kreise Angst vor einer Masseneinwanderung in das Sozialsystem Grundeinkommen. Dies würde angesichts der realpolitischen und realwirtschaftlichen Gegebenheiten höchstwahrscheinlich dazu führen, dass für Migranten und Migrantinnen spezielle Beschlüsse gelten würden, welche den Bezug eines Grundeinkommens an Bedingungen knüpft. Käme es zu einer Spaltung der Gesellschaft und zur ideologischen Unterteilung von Inländer und Inländerinnen sowie Ausländer und Ausländerinnen müsste Soziale Arbeit vermehrt Räume schaffen, um Begegnungen zwischen den Kulturen zu ermöglichen, welche helfen könnten, Vorurteile abzubauen. Auf struktureller und politischer Ebene müsste sie sich vermehrt für die Minderheiten einsetzen und deren Rechte einfordern.

## **5.4 Hypothetische Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Soziale Arbeit unabhängig der Handlungsfelder**

Nachdem mögliche Auswirkungen eines Grundeinkommens auf einige ausgewählte Handlungsfelder Sozialer Arbeit behandelt wurden, werden des Weiteren mögliche Auswirkungen auf die Soziale Arbeit im Allgemeinen beschrieben.

Das Spannungsfeld der Hilfe und Kontrolle würde durch ein Grundeinkommen sicher verkleinert werden. Der Kontrollaufwand von Sozialarbeitenden bei Leistungsvergaben würde zum grössten Teil wegfallen, da alle Bürger und Bürgerinnen ein Grundeinkommen bekommen und nicht geprüft werden muss ob jemand Anrecht darauf hat. Sozialarbeitende könnten sich so vermehrt auf den Auftrag der Hilfe konzentrieren. Der Wegfall des Kontrollmandates würde die Beziehung zum Klientel auf eine andere Vertrauensebene heben. Sozialarbeitende und Hilfesuchende wären eher auf Augenhöhe, da Sozialarbeitende weniger Sanktionierungsmacht inne hätten und nicht darüber entscheiden könnten, ob die Betroffenen Anrecht auf Leistungen haben. Es könnten vermehrt niedrigschwellige, auf Freiwilligkeit basierende Angebote geschaffen werden. Der Wegfall dieser Angst vor Sanktionierung und dem Zwang zur Zusammenarbeit mit Sozialarbeitenden würde den Hilfesuchenden extrem viel Autonomie und Freiheit gewähren. Dementsprechend könnten Betroffene auch selbstbestimmter entscheiden und dies verkleinert somit gleichzeitig auch das Spannungsfeld von Selbst- und Fremdbestimmung.

Ein wichtiger Punkt ist die Frage der Legitimation Sozialer Arbeit bei der Einführung eines Grundeinkommens. Wenn alle Bürger und Bürgerinnen über ein existenzsicherndes Einkommen verfügen, wie legitimiert Soziale Arbeit dann noch ihre Angebote? Wenn es keinen Zwang zur Arbeit gibt, wer braucht dann noch Brückenangebote, oder Eingliederungsmassnahmen? Warum sollen Jugendliche, psychisch kranke oder behinderte Menschen in teuren sozialpädagogischen Settings betreut werden, wenn dies doch die Familie, Bekannte oder Freiwillige machen könnten? Der Druck auf Soziale Arbeit würde höchstwahrscheinlich zu nehmen und es käme zu einer erneuten Professionalisierungsdebatte. Soziale Arbeit müsste sich rechtfertigen, wieso es deren Angebot in professioneller Form braucht und weshalb dieses nicht einfach durch Freiwillige ersetzt werden kann. Die Gefahr besteht, dass das Grundeinkommen dazu benutzt wird, andere Sozialleistungen und Angebote zu streichen, wie es sich liberale Modelle vorstellen. Dieser Gefahr muss sich die Soziale Arbeit bewusst sein und mit Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit auf den gesellschaftlichen Nutzen Ihrer Arbeit hinweisen.

## 5.5 Hypothetische Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Individuum und Gesellschaft

Wie würde sich das Individuum und die Gesellschaft durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens verändern? Eine schwierige Frage, welche sich nicht abschließend beantworten lässt. Zu verschieden sind die Modelle und die Menschenbilder der einzelnen Individuen. Trotzdem wagt der Autor dieser Arbeit einige Gedankenexperimente und formuliert mögliche Auswirkungen eines Grundeinkommens auf das Individuum und die Gesellschaft.

Die wohl fundamentalste Veränderung und die wichtigste Komponente eines bedingungslosen Grundeinkommens ist die Entkoppelung von Einkommen und Arbeit. Dies bedeutet aber nicht das Ende der Arbeit oder dass durch eine gesicherte Existenz alle Menschen aufhören würden zu arbeiten. Im Gegenteil, der Begriff Arbeit würde lediglich neu definiert werden. Die Fokussierung auf Arbeit als Form des reinen Einkommenserwerbes würde relativiert werden. Die Komponenten wie Sinnstiftung oder Selbstverwirklichung durch Arbeit und der mit Arbeit verbundene Nutzen für die Gesellschaft würden mehr Gewicht erhalten. Dies würde unentgeltliche, aber notwendige Arbeit in Erziehung, Familie, Pflege, Kultur, privaten Initiativen etc. extrem aufwerten. Diese werden in der geldbasierten Wirtschaft nicht oder kaum beachtet, sind für den Wohlstand der Gesellschaft aber fundamental wichtig. Ein Grundeinkommen schafft ein Bewusstsein, „...dass zur Ökonomie nicht nur gehört Dinge zu tauschen, sondern auch, Dinge ohne Gegenleistung zu erhalten.“ (Schrupp, 2013, S. 95). Das Grundeinkommen orientiert sich an der Notwendigkeit gewisser Arbeiten, nicht an der Erwerbsarbeit als marktwirtschaftliche Logik (vgl. Schrupp, 2013, S. 83-96).

Die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen führt zudem dazu, dass der Druck auf die Menschen, unbedingt eine Erwerbsarbeit zur Sicherung des Überlebens zu besitzen, kleiner wird. In der neoliberalen kapitalistischen Arbeitsgesellschaft herrscht ein Mangel an Arbeitsplätzen, nicht an Arbeit selber. Dies entspricht der kapitalistischen Logik, welche Ökonomie „...als Verwaltung des Mangels“ versteht (Rätz, 2013, S. 149). Dieser Mangel an Arbeitsplätzen und die gleichzeitige Erwerbsarbeitzentriertheit führen allerdings zu einer stärkeren Prekarisierung der arbeitenden Klasse, dem Ausschluss breiter Bevölkerungsgruppen vom Arbeitsmarkt und einem verstärkten Konkurrenzkampf um die wenigen noch vorhandenen Arbeitsplätze. Ein bedingungsloses Grundeinkommen stellt für Rätz (2013): „...die Produktionsverhältnisse im Kapitalismus ebenso infrage wie dessen zentrale Verteilungslogik.“ (S. 152). Ein Grundeinkommen zielt auf eine andere Form der Vergesellschaftung. Eine Gesellschaft in der jeder Mensch als gleichwertiges und gleich wichtiges Mitglied anerkannt wird, unabhängig von seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit (vgl. Rätz, 2013, S. 147-161).

Die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen und die Sicherstellung einer Existenz, unabhängig von Erwerbsarbeit, ist zudem die Voraussetzung dafür, das wachstums- und profitorientierte Wirtschaftssystem zu überwinden und Wege zu einem nachhaltigeren Umgang mit der Natur und deren Ressourcen zu finden. Klimaschutz und Wachstum lassen sich nur schwer vereinen. Die Eliten aus Wirtschaft und Politik sehen Wachstum als unabdingbare Voraussetzung für Wohlstand und versprechen mit dem Green New Deal nachhaltiges Wachstum, welches den Menschen Wohlstand bringt, Arbeitsplätze schafft und gleichzeitig die Umwelt schützt. Dies bezweifeln Umweltorganisationen, unabhängige Experten und Expertinnen sowie eine breite Basis stark. Studien der Wohlfahrtsökonomie belegen, dass die ökologischen und sozialen Schäden des Wachstums höher sind als die Vorteile der gesteigerten Produktion. Die Grenzen des Wachstums sind erreicht. Für Paternoga (2013) ist: „...*Wirtschaftswachstum nicht die Lösung der anstehenden Probleme .. , sondern deren Ursache.*“ (S. 116). Um die Probleme in den Griff zu bekommen, braucht es eine „*Ökonomie des genug-für-alle*“ (Paternoga, 2013, S. 118). Um diese „*Postwachstumsgesellschaft*“ (Paternoga, 2013, S. 125) zu erreichen, wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen sehr wichtig. Ein Schrumpfen des Wirtschaftswachstums durch weniger Konsum und Verbrauch würde zu Arbeitsplatzverlusten führen und dies trifft vor allem die von Erwerbseinkommen abhängigen Menschen. Damit diese ihre Existenzsicherung nicht verlieren, braucht es ein Grundeinkommen. Dieses sichert die Existenz der Bürger und Bürgerinnen und ist gleichzeitig Motor für einen sozial-ökologischen Umbau, sowie die Entstehung alternativer Formen des Zusammenlebens und des nachhaltigen Wirtschaftens (vgl. Paternoga, 2013, S. 115-127).

## 5.6 Fazit

Die Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens auf Soziale Arbeit und ihre Handlungsfelder lassen sich schwierig voraussagen und es können nur Annahmen getroffen werden, welche sich nicht sicher belegen lassen. Dies hat vor allem damit zu tun, dass die kurz- sowie langfristigen Auswirkungen auf die Gesellschaft, die Arbeitswelt oder das politische wie wirtschaftliche System nicht genau vorhersehbar sind. Wie aufgezeigt wurde beinhaltet ein Grundeinkommen wesentliche Chancen für die Soziale Arbeit und insbesondere für die Empfänger und Empfängerinnen sozialstaatlicher Leistungen. Ein Grundeinkommen in existenzsichernder Höhe, aufbauend auf einem positiven Menschenbild und einer fairen, gesicherten Finanzierung kann zu mehr Partizipation, Selbstbestimmung, Chancengleichheit und Integration führen. Gleichzeitig bietet es den Bürgern und Bürgerinnen die Möglichkeit, mittels einer gesicherten Existenz alternative Formen des Zusammenlebens und der Solidarität zu entwickeln. Ein Grundeinkommen kann sehr viel Bewegung in die Gesellschaft bringen und einen Transformationsprozess in Gang setzen, welcher das Ziel verfolgt, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können.

## 6 Schlussbemerkungen

---

Die Veränderungen der Moderne, insbesondere im Bereich der Technologisierung und Individualisierung sowie der globalisierte Kapitalismus prägen den Sozialstaat. Er stellt sich dabei als sehr anpassungsfähig dar und entwickelt sich immer weiter. In Zeiten, die geprägt sind von Wirtschaftskrise, struktureller Massenarbeitslosigkeit und der grösser werdenden Kluft zwischen arm und reich, steht der Sozialstaat vor der Aufgabe, immer mehr Soziale Probleme aufzufangen, während der Druck zum Sparen zunimmt. Diese Entwicklung hat unter anderem zum aktivierenden Sozialstaat geführt, dessen Leitidee des Förderns und Forderns, viele Sozialleistungen an Bedingungen knüpft. Das dominante Ziel der Arbeitsmarktintegration hat zur Entstehung des zweiten Arbeitsmarktes und unzähligen Beschäftigungsprogrammen geführt. Das strukturelle Problem der zu wenig vorhandenen Arbeitsplätze wurde dadurch aber nicht gelöst.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens versteht sich als möglichen Lösungsweg aus der Krise. Wie in der Arbeit aufgezeigt wurde, sind die Ideen und Modelle sehr breit und verfolgen unterschiedliche Ziele. Während in liberalen Vorschlägen die Interessen der Wirtschaft dominieren, stellen emanzipatorische Ansätze das Individuum und die Gesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Ein Grundeinkommen soll dem Menschen helfen, unabhängiger und freier zu werden von den Zwängen der Arbeitsgesellschaft. Der Begriff der Arbeit wird erweitert, indem die für die Gesellschaft und zur Wohlstandsicherung notwendige aber unbezahlte Arbeit, wie Erziehung, Betreuung, Pflege oder Freiwilligenarbeit, aufgewertet wird. Die Gewährung einer Existenz für alle Gesellschaftsmitglieder, unabhängig von Erwerbseinkommen, würde sehr viel Bewegung in die Gesellschaft bringen. Die Menschen bekämen mehr Gestaltungsspielraum und daraus könnten neue Formen von Gemeinschaft und Solidarität entstehen.

Die Soziale Arbeit als bedeutende Akteurin innerhalb des Sozialstaates wäre von den Folgen eines Grundeinkommens betroffen. Mögliche Auswirkungen wurden im Schlusskapitel aufgezeigt. Die Soziale Arbeit hat sich zusammen mit dem Sozialstaat immer wieder weiterentwickelt, sich professionalisiert und sich den politischen Gegebenheiten angepasst. Das Aktivierungsparadigma mit Kontrolle und Zwang führt dabei immer mehr dazu, dass sich die Hilfe der Sozialen Arbeit von deren Grundsätzen der Partizipation, Integration oder Selbstbestimmung entfernt. Die Prinzipien der Menschenrechte und das Einstehen für soziale Gerechtigkeit verschwammen unter dem wirtschaftlichen Druck. Die Diskussionen über ein Grundeinkommen werden voraussichtlich in nächster Zeit intensiv geführt werden und Soziale Arbeit hat die Aufgabe, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Sie muss ihr politisches

Mandat wahrnehmen und sich an ihren Grundsätzen und Prinzipien orientieren. Ein existenzsicherndes und bedingungsloses Grundeinkommen ist eine realistische Utopie, dessen Chancen und Risiken geprüft werden müssen.

Der globale, entfesselte Kapitalismus führt mit seinem ausbeuterischen, auf Wachstum basierenden Charakter zu sozialen und ökologischen Katastrophen. Die beschränkte Sicht auf Bruttosozialprodukte, Börsenindexe, Wachstumszahlen und kurzfristige Gewinnmaximierungen führen zu Raubbau an Mensch und Natur und damit zu nachhaltigem Schaden an den Menschen und deren zukünftigen Generationen. Ein Grundeinkommen, auch wenn in seinen Wurzeln kapitalistisch, besitzt die Möglichkeit einen Transformationsprozess in Gang zu setzen. Eine Werteumorientierung vom Wachstums- und Konsumwahn zu einer Gesellschaft des genug für alle. Anstelle des leistungszentrierten, auf Konkurrenz basierenden Egoismus könnte eine solidarische Gemeinschaft entstehen, welche alle Mitglieder am Reichtum teilnehmen lässt. Dafür braucht es neben einer Finanzierung, welche Reichtum gerechter (um)verteilt, eine globale Vision eines Grundeinkommens. Freilich lässt sich ein Grundeinkommen keinem Land aufzwingen, aber das Grundeinkommen bietet den Wohlfahrtsstaaten die Chance, ihren auf Erwerbsarbeit zentrierten Sozialstaat umzubauen. Billiglohnsektore und Aktivierungsmassnahmen scheinen der falsche Weg um strukturelle Massenarbeitslosigkeit effizient und sozial zu bekämpfen. Die Wohlstandskrankheiten wie Burnout oder Depressionen würden durch eine gesicherte Existenz und weniger Druck auf dem Arbeitsmarkt höchstwahrscheinlich zurückgehen und da Menschen voraussichtlich eher in Teilzeit arbeiten würden, gäbe es neben besserer Verteilung der Erwerbsarbeit auch mehr Zeit, sich um seine soziale Netze wie Familie, Freundschaften oder Nachbarschaften zu kümmern. Den Ländern des Südens, dessen Sozialstaat kaum entwickelt ist, Arbeit vor allem im informellen Sektor stattfindet und welche am meisten unter den globalen Ungerechtigkeiten leiden, bietet ein Grundeinkommen eine wahre Entwicklungschance. Entwicklungshilfe verfehlt oft ihr eigentliches Ziel und die (Entwicklungs)kredite von Weltbank und Internationalem Währungsfonds dienen in erster Linie dem Ressourcenhunger der westlichen Welt, welcher in den betroffenen Ländern mehr Schaden anrichtet als Nutzen bringt. Kleine, lokale Grundeinkommensversuche in Namibia (vgl. Jauch, 2013) oder Brasilien haben dagegen gezeigt, dass bereits ein bescheidenes Grundeinkommen Armut effizient bekämpfen kann. Auch das Faulheitsargument, welches von Kritikern und Kritikerinnen gerne benutzt wird, wurde widerlegt. In der Projektgemeinde in Namibia hat das Grundeinkommen viel Aufschwung gebracht. Mehr Kinder gingen in die Schule, die Menschen mussten weniger Hunger leiden, die Kriminalität ging zurück und es entstanden viele Kleinbetriebe, welche auf lokaler Ebene die Grundbedürfnisse abdecken. Es entstand Wachstum, oder in diesem Zusammenhang besser ausgedrückt, Entwicklung. Dieses Lokale beinhaltet eine weitere Komponente. Ein Grundeinkommen kann helfen, der massiven Landflucht und dem Verlust der lokalen, nach-



haltigen und ressourcenschonenden Subsistenz(land)wirtschaft entgegenzuwirken. Statt der Migration in die Grossstädte mit allen damit verbundenen Folgen, bietet das Grundeinkommen den Menschen die Chance in Ihrer heimischen Umgebung zusammen mit ihren Angehörigen an einer nachhaltigen Entwicklung ihrer Gemeinschaft und ihrer Region mitzuwirken.

Die Idee eines Grundeinkommens per se als illusorisch, utopisch und unrealistisch abzustempeln ist nicht nur unüberlegt, sondern geradezu ignorant. Freilich ist ein Grundeinkommen nicht die Lösung aller Probleme, es kann aber ein Teil der Lösung sein. Ein Grundeinkommen kann demokratische, emanzipatorische Bewegungen von unten entstehen lassen und bestehende Bewegungen stärken. In einer globalisierten Welt, in welcher sich die Macht zusehend in den Händen von wenigen kapitalstarken Gruppen konzentriert, leidet die Demokratie. Demokratie sollte die Menschen mitbestimmen und mitgestalten lassen. Genau dies möchte auch ein Grundeinkommen. In diesem Sinne ist das Grundeinkommen nicht der Freipass zum Faulenzen, sondern der Treibstoff für Veränderungen hin zu einer solidarischen und gerechteren Gesellschaft.

So einfach die Idee eines Grundeinkommens klingt, so komplex ist deren Umsetzung. Das wirklich Komplexe ist aber nicht die Finanzierung oder Ausgestaltung, sondern die Menschen davon zu überzeugen, dass sie ihrem Gegenüber wieder vertrauen und sich darauf verlassen, dass er oder sie etwas Gutes tun wird. Das bedingungslose Grundeinkommen impliziert Vertrauen und Veränderung. Darüber lohnt es sich nachzudenken.

## Literaturverzeichnis

---

- Behrend, Olaf / Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang / Sondermann, Ariadne. (2010). *Kritik der reinen Aktivierung. Analysen zu Praxis und Deutungsmustern professioneller Arbeitsvermittler und Arbeitsloser mitsamt Überlegungen zu sozialpolitischen Folgen eines bedingungslosen Grundeinkommens*. In Manuel Franzmann (Hrsg.), *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft* (S. 197-247). Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Bessart, Pierre & Hoffmann, Christian. (2011). *Sackgasse Sozialstaat – Alternativen zu einem Irrweg*. Zürich: Liberales Institut.
- Bessart, Pierre. (2011). *Der lange Irrweg zum Schweizer Sozialstaat*. In Pierre Bessart & Christian Hoffmann (Hrsg.), *Sackgasse Sozialstaat – Alternativen zu einem Irrweg*. (S. 37-53) Zürich: Liberales Institut.
- Franzmann, Manuel. (2010). *Kulturelle Abwehrformation gegen die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und ihre Lösung: Die Demokratisierung der geistesaristokratischen Musse*. In Manuel Franzmann (Hrsg.), *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft* (S. 11-103). Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Friedman, Milton. (2004). *Kapitalismus und Freiheit*. München: Piper Verlag. Gefunden am 07. Juli 2013 unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de/friedman/kap12.htm>
- Heiner, Maja. (2010). *Soziale Arbeit als Beruf – Fälle, Felder, Fähigkeiten*. (2. Durchgesehene Auflage). München: Ernst Reinhardt Verlag
- Hoffmann, Christian. (2011). *Einleitung: Scheitern anerkennen, Alternativen erkunden*. In Pierre Bessart & Christian Hofmann (Hrsg.), *Sackgasse Sozialstaat – Alternativen zu einem Irrweg*. (S. 7-17). Zürich: Liberales Institut.
- Jauch, Herbert. (2013). *Das Potenzial eines Grundeinkommens am Beispiel Namibia*. In Ronald Blaschke & Werner Rätz (Hrsg.), *Teil der Lösung – Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen*. (S. 69-81) Zürich: Rotpunktverlag

- Liebermann, Sascha. (2005). *Freiheit statt Vollbeschäftigung*. Gefunden am 05. Mai 2013 unter <http://www.freiheitstattvollbeschaeffigung.de/images/stories/pdf/FSV-ThesenErlaeuterungen.pdf>
- Liebermann, Sascha. (2009). *Die Vielfalt der Möglichkeiten ist bestechend – Chancen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen*. Gefunden am 05 Mai 2013 unter <http://ebookbrowse.net/liebermann-chancen-durch-ein-bedingungsloses-grundeinkommen-pdf-d356391726>
- Moeckli, Silvano. (2012). *Kompaktwissen - Den schweizerischen Sozialstaat verstehen*. Zürich/Chur: Rüegger Verlag
- Oevermann, Ulrich. (2010). *Kann Arbeitsleistung weiterhin als basales Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit dienen?* In Manuel Franzmann (Hrsg.), *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft* (S. 111-126). Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Opielka, Michael / Müller, Matthias / Bendixen, Tim / Kreft, Jesco. (2010). *Grundeinkommen und Werteorientierungen – Eine empirische Analyse*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Paternoga, Dagmar. (2013). *Ohne Angst in eine ökologisch gerechte Gesellschaft*. In Ronald Blaschke & Werner Rätz (Hrsg.), *Teil der Lösung – Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen*. (S. 115-127) Zürich: Rotpunktverlag
- Rätz, Werner. (2013). *Das Grundeinkommen im Prozess der Vergesellschaftung*. In Ronald Blaschke & Werner Rätz (Hrsg.), *Teil der Lösung – Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen*. (S. 147-161) Zürich: Rotpunktverlag
- Schildt, Gerhard. (2010). *Die Abnahme der Arbeitszeit – ein säkularer Trend*. In Manuel Franzmann (Hrsg.), *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft* (S. 127-166). Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Schrupp, Antje. (2013). *Erkennen, was notwendig ist*. In Ronald Blaschke & Werner Rätz (Hrsg.), *Teil der Lösung – Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen*. (S. 83-97) Zürich: Rotpunktverlag

Straubhaar, Thomas / Hohenleitner, Ingrid. (2007). *Grundeinkommen und soziale Marktwirtschaft*. In Apuz: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52/2007 (S. 11-18)

Ullrich, Carsten G.. (2005). *Soziologie des Wohlfahrtsstaates – Eine Einführung*. Frankfurt/New York: Campus Verlag

Von Prollius, Michael. (2011). *Siamesische Zwillinge: Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrisen*. In Pierre Bessart & Christian Hoffmann (Hrsg.), *Sackgasse Sozialstaat – Alternativen zu einem Irrweg*. (S. 57-77) Zürich: Liberales Institut.

Wagner, Björn. (2009). *Das Grundeinkommen in der deutschen Debatte – Leitbilder, Motive und Interessen*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung. Gefunden am 10. September 2013 unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06194.pdf>

## Quellenverzeichnis

---

Argumentarium zur Eidgenössischen Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen.“ (2012). Gefunden am 10. Mai. 2013 unter [http://bedingungslos.ch/fileadmin/user\\_upload/documents/Unterschriftenbogen\\_Grundeinkommen\\_Rueckseite.pdf](http://bedingungslos.ch/fileadmin/user_upload/documents/Unterschriftenbogen_Grundeinkommen_Rueckseite.pdf)

Avenir Social. (2013). *Bedingungsloses Grundeinkommen*. Gefunden am 15. Oktober 2013 unter <http://www.avenirsocial.ch/de/p42012595.html>

Avenir Social. (2010). *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz – Ein Argumentarium für die Praxis der Professionellen*. Bern: Avenir Social

BAG Grundeinkommen. (2010). *Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in Existenz und Teilhabe sichernder Höhe*. Gefunden am 18. Oktober 2013 unter [http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/wp-content/uploads/2010/04/10\\_-\\_04\\_-\\_08\\_BGE-Konzept2010\\_Endfassung.pdf](http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/wp-content/uploads/2010/04/10_-_04_-_08_BGE-Konzept2010_Endfassung.pdf)

DIE LINKE. (2011). *Programm der Partei DIE LINKE* Gefunden am 18. Oktober 2013 unter [http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_erfurt2011.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf)

Economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen. (2012). *Bedingungsloses Grundeinkommen? – Leider nein*. Gefunden am 04. August 2013 auf [http://www.economiesuisse.ch/de/PDF%20Download%20Files/dp21\\_grundeinkommen\\_print.pdf](http://www.economiesuisse.ch/de/PDF%20Download%20Files/dp21_grundeinkommen_print.pdf)

Eidgenössische Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen.“ (2012). Gefunden am 10. Mai 2013 unter [http://bedingungslos.ch/fileadmin/user\\_upload/documents/unterschriftenbogen/bedingungslos.pdf](http://bedingungslos.ch/fileadmin/user_upload/documents/unterschriftenbogen/bedingungslos.pdf)

Österreichischer Berufsverband diplomierter SozialarbeiterInnen (OBDS). (2004). *Handlungsfelder der Sozialarbeit*. Gefunden am 30. Januar 2014 unter [http://www.sozialarbeit.at/files/handlungsfelder-fh-campus\\_wien.pdf](http://www.sozialarbeit.at/files/handlungsfelder-fh-campus_wien.pdf)

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB/USS). (2011). *Grundeinkommen: Für die Normalverdienenden eine schädliche Sache*. Gefunden am 11. Oktober 2013 unter <http://www.sgb.ch/aktuell/blog-daniel-lampart/entry/grundeinkommen-fuer-die-normalverdienenden-eine-schaedliche-sache/year/2011/month/03/day/18/>

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB/USS). (2012). *Grundeinkommen: Gut gemeinter – aber irreführender Ansatz*. Gefunden am 11. Oktober 2013 unter <http://www.sgb.ch/aktuell/blog-daniel-lampart/entry/grundeinkommen-gut-gemeinter-aber-irrefuehrender-ansatz/year/2012/month/04/day/12/>

Syna. (2010). *Resolution – Bedingungsloses Grundeinkommen als Chance für alle*. Gefunden am 11. Oktober 2013 unter <http://www.syna.ch/aktuell/newsmeldung/article/418/ja-zum-bedin.html>

VPOD (o.J.). *Bedingungsloses Grundeinkommen: Die Position des VPOD*. Gefunden am 11. Oktober 2013 unter [http://www.vpod.ch/fileadmin/vpod\\_zentrale\\_files/Sozialbereich/PDFs/Positionspapier\\_BGE\\_1-d.pdf](http://www.vpod.ch/fileadmin/vpod_zentrale_files/Sozialbereich/PDFs/Positionspapier_BGE_1-d.pdf)

## Abbildungsverzeichnis

---

Abbildung Titelbild Igualdad. Gefunden am 01. März 2014 unter:  
<http://multiblog.educacion.navarra.es/iibarrog/diversidad/igualdadcoeducacion/>

## Schlussblatt

---

Ich erkläre hiermit:

dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe und ohne Benützung anderer als der angegebenen Hilfsmittel verfasst habe.

Rorschach, 19. März 2014

---

Unterschrift

### Veröffentlichung Bachelorarbeit

Ich bin damit einverstanden, dass meine Bachelor Thesis bei einer Bewertung mit der Note 5,5 oder höher, der Bibliothek für die Aufnahme ins Ausleiharchiv und für die Wissensplattform Ephesos zur Verfügung gestellt wird. Sie darf auch an Aussenstehende verkauft werden.

- ja**
- nein**

Rorschach, 19. März 2014

---

Unterschrift